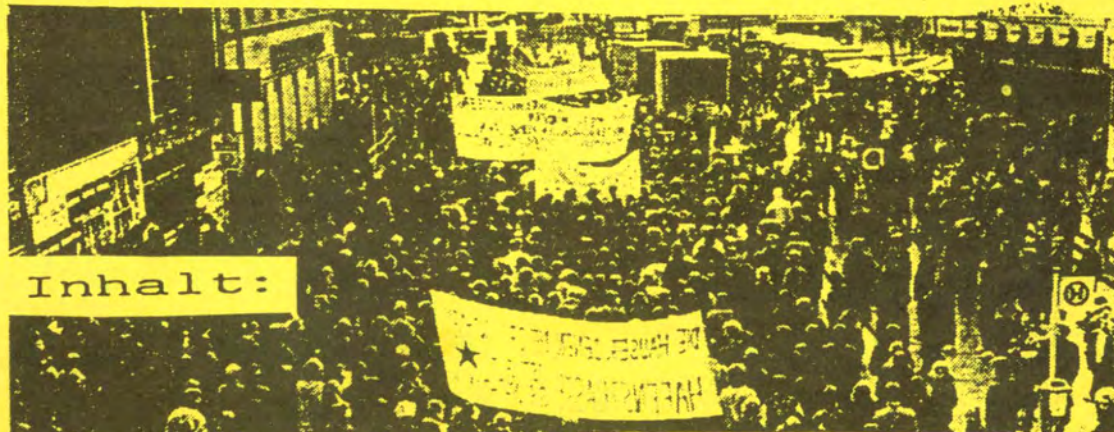


DOKUMENTATION ZUR KIEZ-DEMO REICHENBERGER 63A-BESETZUNG



Inhalt:

Teil 1: Kiez-Demo am 14. November

Vorwort	S.2
Aufrufe zur Kiez-Demo am 14.11.	S.4
Redebeitrag von Frauen und Lesben	S.8
Kinderbauernhof Mauerplatz	S.11
Backsteinfabrik Waldemarstrasse	S.12
Allgemeine Ortskrankenkasse	S.14
Sozialamt Mariannenplatz	S.15
Sozialer Wohnungsbau	S.17
Beitrag der Mietboykottgruppe	S.19
Görlitzer Park und Kinderbauernhof	S.22
Beitrag zur Wrangelstr. 90	S.24
Abschlußkundgebung vor "BOLLE"	S.28
Zum Kiezpalaver	S.31
Umstrukturierung in der Eisenbahnstr.	S.33

Stellungnahmen zur Kiez-Demo	S.34
Nachbetrachtung	S.36

Teil 2: Reichenberger-Aktion am 14.11.

Besetzung der Reichenberger 63A am 24.12.

Reichenberger 63A besetzt	S.38
Selbstkritisches zur Reiche-Besetzung	S.39
Auf ein neues - und diesmal besser: Die Reichenberger 63A ist besetzt!	S.41
BesetzerInnen gesucht! Presseerklärung zum 24.12.	S.43
Zur Reiche-Besetzung und zu den Festnahmen Flugblatt der "Weihnachts"-BesetzerInnen	S.44

Teil 3: Anhang

Häuserkampfbeitrag aus der "Wildcat"	S.48
Pressespiegel	S.52

VORWORT

Kahlschlagsanierung, Rausmodernisierung, profitables Spekulantengeschäft, Umstrukturierung, soziale Gesundung des Stadtteils, soziale Kontrolle, drastische Mieterhöhungen, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit, ... - das sind alles Schlagworte, die wir seit Jahren kennen, gegen die wir uns mehr oder weniger zur Wehr setzen. Durch die Einführung des "Weißen Kreises" wird auf das "i" lediglich das Pünktchen gesetzt.

Wir wollten am 14.11.87 mit der Kiez-Demo und der Besetzung der Reichenberger 63A uns, wie auch denen, die mit dem Grundbedürfnis "wohnen" Geschäfte und unterdrückerische Politik betreiben, zeigen: worin zwischen diesen Schlagworten Zusammenhänge bestehen, und daß es nicht wenige sind, die sich gegen diese Inhalte wehren.

Allerdings versäumten wir, diese Demo breiter bekannt zu machen. Darin unterstützen uns - natürlich ungewollt - die Mieterläden Dresdner- und Manteuffellstraße, sowie der Verein SO 36 mit ihrer Distanzierung von der Kiez-Demo. Auch der Konflikt um die Hafenstraße in Hamburg mobilisierte, da diese Demo ja auch ein Ausdruck von Solidarität war.

Die Aktualität hat uns überrascht! Die Kiez-Demo ist mittlerweile über anderthalb Monate her und am 24.12. wurde die Reichenbergerstr. 63A erneut besetzt, mit dem Unterschied, daß es diesmal Festnahmen gab: Sieben BesetzerInnen wurden aus dem Haus festgenommen, 19 davor, einer sitzt noch in U-Haft. Die Auseinandersetzung um die Reiche hat damit ein Ausmaß angenommen, das bei der Kiez-Demo noch nicht abzusehen war. Das Haus ist jedenfalls mehr denn je in der öffentlichen Diskussion, der Kampf darum hat jetzt erst angefangen! Mehr darüber im Teil 2 der Doku ...

Wir (das sind Leute, die sich als Gruppe aus dem Kiezpalaver zusammengefunden haben) wollten von Anfang an eine Kiez-Demo machen, die nicht mit abgehobenen Institutionen wie dem Verein SO 36 in einem Bündnis zur Demo aufrufen, sondern mit Initiativen von unten und den Kiez-BewohnerInnen, die sich wehren wollen. Wir wollen keine Bündnisse mit abgetakelten Institutionen, die von ihrer Funktion her auf Seite des Senats stehen und sozial integrativ sind - von einigen MitarbeiterInnen mal abgesehen, die vielleicht anders wollen, sich aber objektiv in den vorgeschriebenen Bahnen verhalten müssen, wollen sie da weiter arbeiten.

Wir freuten uns auch darüber, daß trotz oder gerade wegen der Distanzierung so viele an der Demo teilnahmen. Da der Schwerpunkt der Demo die Darstellung der inhaltlichen Zusammenhänge war und nicht jede/r alle Beiträge hören konnte, haben wir alle (außer dem über den Spekulanten Pohly, der is leider verschütt gegangen) in einer kleinen Doku zusammengefasst.

Die nächsten Schritte müssen zu einer Art Gegenmacht führen. Wenn wir die Schlagwörter als Inhalte nehmen, brauchen wir nur noch die Hülsen wegzupusten!

AUFRUF ZUR KIEZ-DEMO

AM 14. NOVEMBER UM 14 UHR
HEINRICHPLATZ



Viele von euch können das Wort Weißer Kreis nicht mehr hören. Wie die Aufhebung der Mietpreisbindung zustande kam, war ja auch grotesk genug. Die SPD, die sich ganz an die Spitze der Unterschriftenkampagne gesetzt hat, stimmte dem Gesetz letztlich zu, aus Loyalität zum Bund.

Aber vielleicht hat das ganze Theater um den Weißen Kreis von vielem abgelenkt, was ebenfalls unter den Begriff UMSTRUKTURIERUNG fällt (Umstrukturierung im Kiez meint die bewußt gesteuerte Veränderung der Sozialstruktur). Mieterhöhungen sind ja nicht erst jetzt was neues. Und wer zur Zeit eine Wohnung sucht, merkt, wieviele Vermieter über Modernisierung ihre Kohle machen. Mietpreisbindung hin oder her, auch bisher konnten bereits 11% der Modernisierungskosten pro Jahr auf die Miete abgewälzt werden. Die Gewerbemieten im Kiez sind jetzt schon in schwindelnde Höhen gestiegen. 20 DM pro Quadratmeter sind nur noch von Sex-Shops, Schickis und Spielhallen aufzubringen. Und auch schon vor dem Weißen Kreis konnten viele ihre Miete nicht mehr bezahlen. 120 Zwangsräumungen monatlich allein in Schöneberg, 50 in Kreuzberg (hier zahlt das Sozialamt meist noch ne Weile), sprechen eine deutliche Sprache.

Im Juli dieses Jahres wurde auf einer "Bürgerversammlung" der Kreuzberger CDU im Neuen Kreuzberger Zentrum (NKZ), unterstützt von Innensena-

tor Kewenig und Polizeipräsident Schertz, ein Rezept für die Sanierung Kreuzbergs präsentiert, das RAUSMODERNISIERUNG heißt. Die CDU will die Mieten durch "großzügige" Modernisierungen so hoch treiben, daß die "sozial Kranken" zum Auszug gezwungen sind und stattdessen "sozial Gesunde" einziehen können. Denn, so der Abgeordnete Kliem: "Die schlechte Bausubstanz zieht die Chaoten an" und Bürgermeister Krüger: "Mit dem Zugeständnis einer Minimalmodernisierung, die die Mieten bezahlbar erhalten sollte, hat man teilweise schwere Fehler gemacht...". Die Herren, die solche Pläne schmieden, wollen kein Kreuzberg, in dem es sich lohnt zu leben, sondern ein Kreuzberg, in dem es sich wieder so richtig lohnt Geschäfte zu machen. Dahinter steckt nicht zuletzt das Kalkül durch die damit verbundene Zerstörung der Widerstandskultur langfristig einen zweiten "1.Mai" zu verhindern.

Die Bonzen sind fett und arrogant wie eh und je. Und es sind nicht nur die Makler, die sich bei Besichtigungen wie die letzten Tyrannen aufführen (was mensch sich natürlich nicht gefallen lassen muß, oder?). Es sind immer mehr, die das ausnützen, womit ihnen der Senat den Weg ebnet. So steht z.B. zur Zeit ein Prozeß kurz vor dem Abschluß, in dem ein Hausbesitzer eine Abrißgenehmigung allein auf wirtschaftlicher Grundlage erklagen will. Aber das ist nur die sogenannte spitze eines Eisberges. Schon heute stehen viele Wohnungen leer, weil

für die Besitzer die Neuvermietung nach dem 1. Januar 1988 mehr Miete bringt.

Es ist schon zum Kotzen. Wenn mensch sich Überlegt, mit was die ihre Kohle machen. Was für uns eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ein Dach überm Kopf zu haben, eine Dusche, Doppelfenster und so weiter, ist für die die Grundlage ihrer Profite. Nirgendwo ist diese Entwicklung, zu der zusätzlich die Aufhebung der Sanierungsprogramme gehört (modernisierungsbedingte Mieterhöhungen sind nicht mehr an staatliche Subventionen gebunden) so deutlich wie in Kreuzberg (aber auch in Teilen von Neukölln und Wedding). Nirgendwo wird dem aber auch so viel und kontinuierlich Widerstand entgegengebracht. Ohne eben diesen Widerstand sähe heute ganz 36 "kotti-like" aus, inklusive Autobahnanschluß. Zwar ist der Widerstand nicht immer erfolgreich. Beispiel Kinderbauernhof, aber das ist kein Grund zum Jammern. Im Gegenteil: WENN WIR NICHT JETZT IHRE UMSTRUKTURIERUNG ZUM THEMA MACHEN UND GEMEINSAM BLOCKIEREN, DANN WACHEN WIR EINES TAGES AUF UND GLAUBEN IM FALSCHEN FILM ZU SEIN. Winterfeldplatz, Chamissoplatz und große Teile von 61 geben da einen Vorgeschmack.

Ein Patentrezept für unseren Widerstand gibt es natürlich nicht. Eine Grundlage, die uns aber nach all den fruchtlosen Apellen an Senat und Abgeordnetenhaus deutlich geworden sein sollte, ist die, unsere Sachen selbst in die Hand zu nehmen, jede und jeder da, wo es sie

oder ihn trifft. Sei es gemeinsam gegen Makler vorzugehen, sei es das Thema Zwangsräumungen endlich seinem peinlichen Beigeschmack zu entziehen oder sei es sich das zu nehmen, was uns ohnehin zusteht: Wohnungen und Häuser! Nicht die Aktion des "Kübels" ist es, die unsere Kiezstrukturen, unsere in Reiseführern gepriesene "Vielfalt" zerstört, sondern das Umstrukturierungsprojekt von Grundbesitzern und Senat, unterstützt, ob freiwillig oder nicht, von den Medien, die diesem Prozeß ignorant entgegenstehen und sich lieber auf "attraktivere", weil auflagensteigernde Themen stürzen.

Wenn wir am 14.11. gemeinsam eine Kiezdemo machen, dann nicht nur, um dem Senat und anderen zu zeigen, daß sie ihre Rechnung ohne uns gemacht haben, sondern vor allem auch, um unseren Widerstand praktisch zum Ausdruck zu bringen. Unsere Perspektive liegt in unserem Ziel, im Kiez so leben zu können, wie WIR es wollen. Das kann nur klappen, wenn wir aus unseren verschiedenen Szenen ausbrechen und zum gemeinsamen Widerstand zusammenkommen. Ihr Interesse ist es uns in Autonome und BürgerInnen, Deutsche und AusländerInnen zu spalten. Das wird an unseren gemeinsamen Bedürfnissen, Zielen und Kämpfen zerbrechen. Zeigen wir es ihnen!

Es wird sicher keine langweilige Demo, allein schon wegen der Objekte, an denen wir vorbeikommen, und zu denen wir einige Kurzbeiträge vorbereitet haben: Oranienstraße 192, "SO 36", Kinderbauernhof, Backsteinfabrik, NKZ, Moritzplatz, Block 104, Bolle und und und ...

ES IST NIE ZU SPÄT UND ERST
RECHT NICHT ZU KALT UM AUF
DIE STRASSE ZU GEHEN !!!

KIEZ-DEMO SAMSTAG, 14. NOVEMBER
14 UHR HEINRICHPLATZ

Veranstalter: Kreuzberger Kiezinitiativen

KIEZ - DEMONSTRATION

Alle wollen Kreuzberg sanieren

- was wollen wir ?

Seit dem ersten Mai rauchen die Köpfe in allen Parteien. Ein Konzept jagt das andere. Die CDU will die " Sozial Kranken " durch den Weißen Kreis verdrängen und den " Deutsch Gesunden " Anteil stärken. Die SPD betont die Freuden der Arbeiter. In AL nahen Kreisen wird eine Fürsorgestiftung für uns diskutiert, die eine " soziale Sanierung " durchsetzen will.

In den Augen der Parteien ist ganz SO 36 offensichtlich ein Schandfleck, den es umzustrukturieren gilt. Warum leben eigentlich so viele Leute dann noch gerne hier ?

Sicherlich auch, weil eine langjährige Kultur des Widerstandes vielfältigen und unterschiedlichen Lebensperspektiven den Raum zur Gestaltung eröffnete, auch wenn das gelegentlich Dissonanzen mit sich bringt.

Unsere Probleme liegen in der Bedrohung dieser Lebenszusammenhänge durch Mieterhöhungen, Zwangsräumungen, Vertreibung der Kleingewerbe und Alternativprojekte, Modernisierungen, die die Häuser zwar bewohnbar, aber nicht bezahlbarer machen, Aushöhlung der Bewohnerbeteiligung und Kriminalisierung des Widerstandes.

Die Kiezdemo wird uns zu solchen Schandflecken führen, die jeweils von den Betroffenen kurz dargestellt werden.

Jeder soll sehen was Umstrukturierung heißt !

Die Karten für Kreuzberg werden neu gemischt, mischen wir mit !!!

Die Anwohner der Route werden dazu aufgerufen, akute Mißstände, erlebte Schweinereien, oder einen bereits jetzt überteuerten " Mietpreisspiegel " mit Transparenten an den Häusern kundzutun.

Route : Heinrichplatz, Kotti, Moritzplatz, Waldemarstr., Mariannenplatz, Muskauer Str., Eisenbahnstr., Wrangelstr., Oppelner Str., Görlitzer Str., Abschlußkundgebung bei BOLLE.

SAMSTAG 14. NOV. 14⁰⁰ UHR

HEINRICHPLATZ

Es rufen auf :

Mietererrat Walde eV, Kinderbauern eV, Kosmos eV, Heilehaus eV, Bauchladen eV, Kinderbauernhof Görlitzer Bahnhof eV, Blockrat 89, Asta TU, Blockrat Walde, Mietergruppe Mariannenplatz Nord eV, VoBo-Initiative 61, Bewohner Block 104, Bürgerinitiative SO 36, Kerngehäuse Cuvrystr. eV, Bezirksgruppe Kreuzberg der Berliner Mietergemeinschaft eV und andere.

Herkes Kreuzbergi bir Hastalıktan kurtarmak istiyor
-Biz ne istiyoruz ?

Bir mayıstan itibaren bütün Partilerde her kağıdan bir ses çıkıyor.
Bir Taslak diğerini takip ediyor. CDU, " Sosyal Hastaları " Weißen Kreis iç inden defetmek istiyor. Ve " Sağlıklı Alman kesimi " güçlendirmek istiyor. SPD İşçilerin sevincini vurguluyor. AL içerisinde belli bir sahada bizim için bir yardım Vakfı tartışılıyor ki, bu da " Sosyal Hastalıktan kurtarmak " fikrini geçirmek istiyor.

Bütün Partilerin gözlerinde SO 36 açık olarak bir Namus Lekesi dir. Öyleyse neden halâ birçok İnsan burada severek kalıyor ?

Şüphesiz ki, belirli anlaşmazlıkları beraberinde getirmiş olsa bile, direnmenin ötedem beri alış ilagelmis Kültürünün çeşitli ve değişik yaşam tarzların bu yönde yeni yollar ve imkanlar açmıştır.

Bizim Probleminiz şu hayat koşullarının tehdidi altında bulunmaktır: Kira yükselmesi, mecburi boşaltma, Alternatif Projelerin atılması, oturulabilir olan Evlerin yenileştirilmesi ve bununla birlikte Kiraların ödenemeyecek derecede yükseltilmesi ve karşı koymanın Krimine edilmesi.

Bu direniş bizleri, bunlardan etkilenenlerin zahmetleyeceği namus lekelerine sevkedecektir.

Herkesin, yeniden düzenlemenin ne demek olduğunu bilmesi gerekir.

Kreuzbergin Kartları yeniden karılacak, bizler de katkıda bulunacağız.

Duraklar : Heinrichplatz, Kottai, Moritzplatz, Waldemarstr., Mariannenplatz, Muskauerstr., Eisenbahnstr., Wrangelstr., Oppelnerstr., Görlitzerstr., BÖLLE.

CURMARTESI, 14. KASIM 87,

SAAT: 14⁰⁰ HEINRICHPLATZ 'da.

Mieterat Walde eV, Kinderbauern eV, Kosmos eV, Heilehaus eV, Bauchladen eV, Kinderbauernhof Görlitzer Bahnhof eV, Blockrat 89, Asta TU, Blockrat Walde, Mietergruppe Mariannenplatz Nord eV, VoBo-Initiative 61, Bewohner Block 104, Bürgerinitiative SO 36, Kerngehäuse Cuvrystr. eV, Bezirksgruppe Kreuzberg der Berliner Mietergemeinschaft eV

30 Zählungen. In Kreuzberg pro Woche
jetzt schon - verhindern wir sie

* Und weil wir uns nicht nur
ren, sondern uns gegen dieses Ausbeuten und
Unterdrücktes kollektiv organisieren
und es bekämpfen wollen, nutzen wir auch
jede spontane Möglichkeit, proletarische
Aktionen durchzuführen. (Superstarke plin-
dern, Bullis aufstellen, Banken plattmachen)

nug aus, wer mit dem Augenlicht verloren und wurde durch Sündflut von Koppeltreuten Knochen- und Schädelschweben schwer-
 leidet oder sogar Lebensschilb ???
 Doch wohl wir Autonomen und -sch Bulen, die
 sich nach jedem blauen Fleck acht Wochen
 schreiben lassen. Erst vor wenigen Tagen
 suchte eine Berliner Flug-gebietsland "Tasche
 herford eine, schon benutzten an 2000 liegen
 Dem-Sankt-Kreuz zu stein, sie wurde nur durch
 Hol-Kraut-Kreuzen und anderen Gefährten
 ihnen die egal Kollektiv über sie saßen, Ge-
 reiten. Sollten sie doch lieber über die Tese
 Gemeinden die durch Schüsse, Respektier,
 Gunde- und Giltgesinnung oder in Kraft er-
 morter worden werden, oder sind sie in ihres
 Mäpchen schon wieder Angst verfallen...

Wir müssen jetzt die Schärfe der
 Konzentration diskutieren, die die Aus-
 funderstellung zwischen Mischungs- und
 Staat erreicht hat!

Stärke war in der gemeinsamen Revolte zu sehen. Wenn sich viele vorläufige Gruppierungen in Stadtteil dieser Vorstadt bewußt zu einem raschen, ist das der organisierte Anfang von der Revolte zur Revolution. Eine Revolution, in der auch die verdrängte Herrschaft und Ausbeutung der Klasse über Frauen durch Männer abgebrochen ist. Deshalb sind Vorgefallene unserer Platten ausgeschlossen.

Die Gestaltung an die Gesellschaft

Wiederum Bewegung drinnen und draussen
- Methodik organisiert
- Verordnungen für die Zeugniserstellung
- Befreiungskämpfe weltweit
- Internationalismus
- Kampf um Befreiung
- Zeugniserstellung

te, insbesondere bei der Arbeit in Gruppen, bei
Verbindungen vorwiegend an Beiräte und Familie
zu vergeben, ist ein weiterer Schritt ge-
wünscht. Das ich jetzt die Landesmoots abhe-
be, über 2000 Beamte/-innen mitten in Kre-
bese niederknien wollen, müssen wir von
dann an bekämpfen.

TAG 14. NOV.
 R HEINRICHPLATZ
 t alle !!



REDEBEITRAG VON FRAUEN+LESBIEN+KIEZDEMO 14. NOV. 1987

wir sind frauen und lesben. seit jahrhunderten wird versucht, unseren körper und unseren geist durch pat. und kap. zu unterdrücken. sie versuchen uns zu zerstückeln und uns unsere identität zu entreißen. unser körper und unser kopf ist übersät mit eitrigen wunden, die mann in uns geschlagen hat. aber wir haben unseren hunger nach einem befreiten leben nie verwessen und die kraft und den mut zu sehen wo unsere wunden herkommen und lassen uns nicht länger schlagen. wir nutzen unsere energie zum kampf, wir sind schön, wir sind stark und wir sind genau und wir schlagen zurück!

wenn wir von befreitem leben reden meinen wir ein leben, in dem unsere tief verschütteten, wirklichen bedürfnisse maßstab für alle lebensbereiche sind und nicht unsere maximale verwertung zum nutzen des kapitels.

ein leben, in dem wir selbst bestimmen, was wir wirklich brauchen und für uns sinnvolle und nützliche arbeit tun, statt uns täglich durch lohnarbeit verstümmeln zu lassen.

wir wollen selbstgewählte formen des zusammenlebens ausprobieren statt vereinzelt in kleinfamilienzellen zu wohnen für die wir auch noch miete bezahlen müssen. aber befreites leben heißt nicht nur aufhebung der materiellen unterdrückungsverhältnisse überall, sondern auch beseitigung der herrschenden denk- und verhaltensmuster in uns selbst.

das streben der kapitalisten ist auf möglichst gute verwertungsbedingungen weltweit gerichtet. in ihrer profitlogik ist ihnen jedes noch so brutale mittel recht, menschen, die unter den herrschenden bedingungen nicht arbeiten wollen oder können zu kontrollieren und ruhig zu stellen. das betrifft hier besonders sozialhilfeempfängerinnen, arbeitslose, sog. behinderte, ausländerinnen, kranke, lesben und schwule, sowie frauen und männer aus dem widerstand.

Als langfristige Planung sollen sie gar nicht erst entstehen, um den reibungslosen ablauf des systems nicht in frage zu stellen.

Die bevölkerung zu kontrollieren beginnt mit dem sammeln von daten über jede und jeden wie bei der volkszählung. einmal wollen sie damit den jetzt schon bestehenden widerstand besser erfassen und treffsicherer bekämpfen, für die zukunft wollen sie unruheherde voraussehen und vorbeuzende soziale maßnahmen ergreifen, damit sie gar nicht erst entstehen.

Die krankenkassen wie die aok haben noch viel genauere datensammlungen, die dazu dienen, menschen in wertvolle = funktionierende= gesunde und nichtfunktionierende= störende= kranke einzuteilen und letztere auszugrenzen.

Das nennen sie kostendämpfung. Für die zukunft wollen sie, daß solche menschen gar nicht erst geboren werden. schon jetzt werden sogenannte behinderte, aber auch ausländische frauen gegen ihren willen zwangssterilisiert.

In zukunft soll jede frau, bevor sie kinder bekommt, in die humangenetischen beratungsstellen gehen, wo ihre gene untersucht werden, und experten darüber entscheiden, ob sie ein kind bekommen darf oder nicht.

**Ich freu
mich auf's**



**Hören Sie
wie es
schmeckt.**

Kopie von
RANI AOK

Mietboykott



K.O. dank AOK

Die Vererbungslehre, die im Faschismus dazu benutzt wurde, den Mord an Millionen von Menschen zu rechtfertigen, ist auch die Grundlage der heutigen Bevölkerungsplaner. Die Entscheidung über das zukünftige Leben besteht in der Kontrolle über die Fruchtbarkeit der Frauen. Was bei der Bevölkerungspolitik ganz deutlich wird, ist, daß die Unterdrückung der Frauen Grundlage und Voraussetzung von Herrschaft überhaupt ist.

Die angebliche Minderwertigkeit von uns Frauen und die Zwangsheterosexualität sind die Ideologien, die unsere Unterdrückung aufrecht erhalten sollen. Ein weiterer wichtiger Punkt im Rahmen der Umstrukturierung ist die Kommerzialisierung und Kontrolle des Freizeitbereichs.

In vielen Straßen des Kiezes werden Gewerbemieten so drastisch erhöht, daß kleine Läden gezwungen sind, aufzugeben, und nur noch Einrichtungen wie Spielhöhlen, Sexshops, Puffs und dergleichen in der Lage sind sie zu bezahlen. Hier sollen die Männer ihre Freizeit verbringen und ihr Geld lassen.

Damit werden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: solche Läden sind nicht nur eine unerschöpfliche Profitquelle für ihre Besitzer, sondern sie mobilisieren auch in ganz extremer Weise die alltägliche Frauenverachtung. Dadurch wird angestaute Wut über täglich erlebte Ausbeutung auf Frauen gelenkt und die Frauenunterdrückung zementiert.

Jede Frau bekommt das zu spüren, alleine schon, wenn sie an solchen Läden vorbeigeht.

Eine ähnliche Funktion haben die überall wie Pilze aus dem Boden schießenden Videoläden: in 99 Prozent der Filme wird das Bild der Frau als Begleiterin des Mannes, als Sex- und Verewaltigungsobjekt, als hirnloses Dummchen oder attraktives Aushängeschild des Mannes, als treusorgende Gattin und Mutter zum erstrebenswerten Ideal gemacht.

Massenweise Gewalt- und Pornofilme bestärken die Männer in ihrem Frauenhass, der sich in Angriffen gegen uns Frauen und Lesben entläßt:

- wir sind ständig irgendwo mit hässlicher Anmasche konfrontiert, mit Vergewaltigungen, sei es in der Ehe, in Beziehungen oder auf der Straße.
- wir erleben diese Gewalt gegen uns, wenn wir unsere Körper den Frauenärzten ausliefern müssen, bei dem organisierten Angriff auf den türkischen Frauen- und Mädchenladen Tio 1985 oder bei der Demo der türkischen Fundamentalisten im Sommer, die hier Parolen brüllten wie "Schlitz den unverschleierte weißen Frauen die Bäuche auf". Dieselbe Gewalt erleben wir auch in der linken Szene!

Aber wir erkämpfen uns mit Frauen und Lesben den Raum, in dem wir von uns aus bestimmen, wie wir leben wollen, wie wir uns gemeinsam aus den Rollen und Zwängen befreien, in denen dieses System unsere Lebendigkeit und Vielfalt einzwängen will, und aus dem heraus wir auch bestimmen, wo unsere Kämpfe für ein Leben ohne Unterdrückung ansetzen müssen.

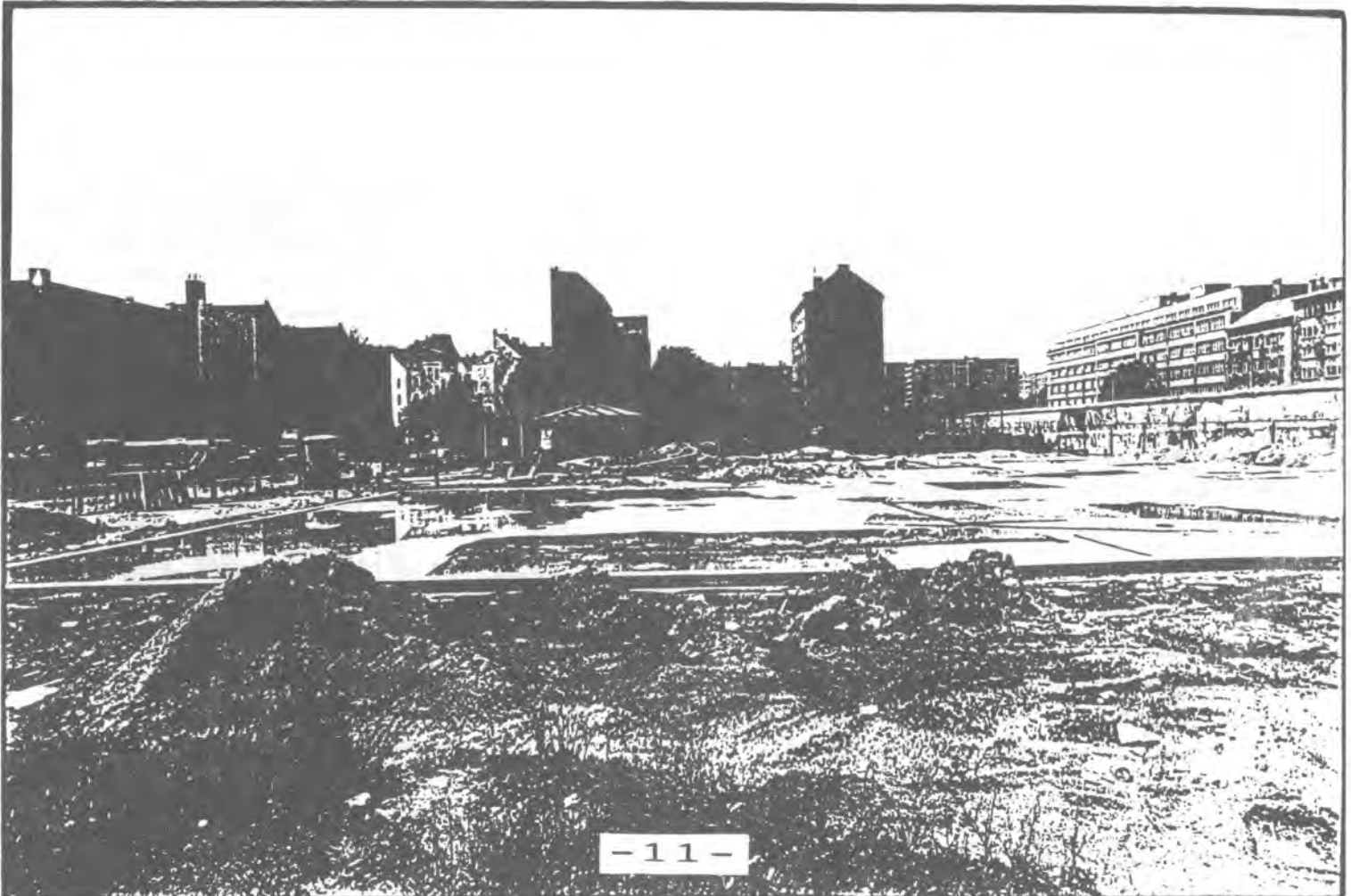
Und genau darin, im Begreifen der herrschenden Zustände und den daraus entstehenden Kämpfen, Revolten, Verweigerungen von uns Frauen und Lesben liegt der

Kinderbauernhof Mauerplatz

Hier gibt es einen weiteren Schandfleck der Schönsanierung in Kreuzberg, den Kinderbauernhof am Mauerplatz. Er wurde 1981 besetzt, um es uns und den Kindern hier etwas schöner zu machen. Am 26. März wurde 1/3 des Geländes durch die Polizei geräumt, um eine Kita darauf zu errichten.

Dadurch sind für uns große Probleme entstanden. Wir hatten vor der Räumung eine Tobefläche. Hier konnten die Kinder Aggressionen ausleben ohne zu zerstören. (Mit Crossrad die Berge herunter, kämpfen, manschen, toben usw.) Die Kinder brauchen dies hier ganz besonders, weil sie oft in engem Wohnraum leben müssen. Jetzt toben sie zwischen Tieren und Pflanzen. Die MitarbeiterInnen sind oft in die Rolle der "OrdnungshüterInnen" gedrängt. Was

zur Folge hat, daß einige Leute aus dem Projekt ausgestiegen sind. Keine Lust auf Streichelzoo und "Ordnungshüterei". Außerdem leiden unsere Weidetiere an Mineralstoffmangel. Die wenigen Kräuter auf diesem überstrapazierten Weidegelände reichen nicht aus, es muß den Tieren künstlich Mineralstofffutter zugefügt werden. Wir wollen kein Dienstleistungsbetrieb zwischen zwei Kitas werden. Wir wollen offen bleiben für alle und jede/n. Ohne Öffnungszeiten, ohne Zäune nicht nur für Kinder, sondern für alle Menschen. Wir wollen unseren Acker zurück, weil wir ihn dringend brauchen.





Zu unserer Geschichte mit dem "Dauerbrennerschandfleck":

Die Fabrik ist fast 120 Jahre alt und wurde mittlerweile auf unsere Veranlassung unter Denkmalschutz gestellt. 1979 wurde den früheren Gewerbetreibenden gekündigt, weil die Fabrik im Zuge der damaligen Kahlschlagsanierung abgerissen werden sollte. Im selben Jahr 1979 wurde ein paar Häuser weiter, in der Waldemarstraße 62/64 die viel größere PRAKMA-Fabrik widerrechtlich abgerissen, obwohl der Mieterat - die nach dem StBauFG vorgesehene Betroffenenvertretung - damals einen Prozeß gegen den Abriß geführt und auch Recht bekommen hatte.

Von den Interessenten, die in die PRAKMA-Fabrik wollten, ging die SFE (Schule für Erwachsenenbildung) in den Mehringhof, die UFA-Fabrik nach Tempelhof, und eine erste Gruppe "Handwerk und Bewegung" - zumeist Leute aus dem Waldekiez - kümmerte sich um die Backsteinfabrik.

In Verhandlungen mit dem damaligen Sanierungsträger BEWOG und Bausenator Ristock gelang es, diesen Abriß zu verhindern. 1980 wurde die GSG Sanierungsträger und die Verhandlungen wurden zäh, so daß wir im Juli 1981 die erste freie Etage besetzten.

Jede weitere freiwerdende Etage wurde ebenfalls besetzt. Im Mai 1983 schlossen wir einen Nutzungsvertrag mit der GSG ab, nachdem die Finanzierung der Instandsetzung durch den Senat zugesagt war. Nach dem Bausenatorenwechsel von Rastemborski zu Franke drehte dieser im

Juli 84 den Geldhahn wieder zu. Die zusammengepiffene IBA-Eröffnungsfeier im Septemehr 84 in der Philharmonie war unter anderem eine Antwort darauf.

Franke brauchte über ein Jahr, bis er wiederum die Sanierungsfördergelder zusagte (August 1985). Inzwischen war aber unser Nutzungsvertrag ausgelaufen - und der inzwischen gegründete KOSMOS-Verein war wieder Besetzer. Bis zum 18. November 1985 duldete uns die GSG in dem Haus; am 19. ließ sie uns unerwartet räumen. Das "aggressive Umfeld" mußte als fadenscheinige Begründung herhalten. Wir haben seitdem nicht aufgehört, um das Haus zu kämpfen - auf allen Ebenen.

Sah es bis Anfang dieses Jahres so aus, daß wir das Haus für unsere Projekte wiederkriegen, kam im August der vorerst letzte "dicke Hammer": Senator Wittwer (der 5. Bausenator in der Ära Backsteinfabrik) sagte dem GSG-Chef Habermann zu, er könne die im Zusammenhang mit dem Projekt bewilligten Baugelder nach seinem Geschmack verwenden, d.h. die Fabrik wieder zu einem herkömmlichen Gewerbehof ausbauen.

Und das, obwohl es; abgestimmtes Sanierungsziel ist, das KOSMOS-Projekt darin zu verwirklichen.

Folge war: Die GSG ließ ohne Ankündigung unsere im Haus gelassenen Sachen zum Fenster rausschmeißen und auf die Müllkippe fahren. Das waren zum Teil Produktionsmittel aus den verschiedenen Werkstätten, Archiv-Material aus über 10 Jahren Sanierungsgeschichte, zahlreiche private und projektbezogene Einrich-

tungsgegenstände und viel weiteres persönliches Eigentum der NutzerInnen. Die von uns installierten Einbauten und Elektroanlagen, zum Teil nagelneu, wurden herausgerissen. Kurz: alle unsere Spuren im Haus wurden beseitigt.

Was "lehrt" uns das?

Das Projekt Backsteinfabrik ist wie andere im Waldekiez (Kinderbauernhof, Heilehaus, Triebwerk, Werkstätten) "von unten" entstanden.

Leute von hier wollen darin wieder - sich selber Arbeitsplätze schaffen - ein Kommunikations-, Bildungs- und Kulturzentrum schaffen - für den Kiez und weit darüber hinaus.

Und zwar in den Vorhaben:

Veranstaltungsetage

Tagungs- und Gästehaus

Küche und Kaffeegarten

Druckerei, Reprowerkstatt, Medienwerkstatt, Textilwerkstatt, Tonaufnahmestudio, Musikübungsraum, Theateretage, Kindermalgruppen



POP! STOLIZEI!

ÄH: STEI! POLIZOP!

NEIN, ÖH.. STOP! POLIZ...

Weg isser...!

?



Wir wollen selbstverwaltet und selbst bestimmt darin arbeiten und leben. Die Fabrik ist ein lebenswichtiger Bestandteil unserer Struktur.

Das passt nicht mehr in die neue CDU-Strategie für Kreuzberg, über die ja im Verlauf der Demo schon vieles gesagt wurde. In Reaktion auf den 1. Mai soll hier ein - in ihren Augen - potentieller Unruheherd beseitigt werden. Sie sehen nicht, daß vielmehr eine - wie sie es nennen - stabilisierend wirkende Möglichkeit zerschlagen würde.

Wir lassen uns das nicht gefallen! BACKSTEINFABRIK nur mit uns!

Zur Zeit ist Senator am schwitzen. Er müßte die Zusage an die GSG zurückziehen, scheint aber nicht zu wissen, wie.

Habermann sagt: NEIN!

Habermann sagt, abgestimmte Sanierungsziele seien "besonderes Kreuzberger Baurecht", an das er sich nicht zu halten habe.

Weitere Senatoren und Regiermeister Diepgen haben sich der Sache zwar angenommen, aber eine Einigung ist noch nicht in Sicht.

Ein Nervenkrieg mit Open-End!

ALLGEMEINE ORTSKRANKENKASSE

Massiver Widerstand aus dem Stadtteil ist die eine Seite - sozialstaatliche Beherrschung ist die andere.

Seit es Sozialstaat und Krankenversicherung gibt, die schon von Anfang an ein Mittel zur Beherrschung und Disziplinierung von Proletariat und Arbeiterklasse war, gibt es andererseits auch so etwas wie den proletarischen Gebrauch davon. D.h. ein offensives Benutzen dieser Gelder um sich vorerst individuell dem Fabriksystem zu entziehen. Das war und ist aber in der massenweisen Praktizierung für die Kapitalisten immer gefährlich. Und so wird über Handlanger, wie den vertrauensärztlichen Dienst, eine Art Gericht geschaffen, die über deine Wiederverwertbarkeit als Arbeitskraft urteilt. Der vertrauensärztliche Dienst, der hier in der AOK Kreuzberg residiert und täglich Dutzenden von ArbeiterInnen die sogenannte "Gesundheit" bescheinigt, d.h. er schickt sie wieder zur Arbeit, in die Knochenmühle zurück.

Der V&D ist geschichtlich gesehen immer dann mit Macht aufgefüllt worden, wenn die Zahl der Krankenschreibungen eskaliert ist. Eingeführt wurde er erstmals in der Weimarer Republik 1926, weil die Krankenkassen in die Krise geraten waren, wegen zu vieler Krankenschreibungen. Bei den Nazis wurde er unter dem Schlagwort §

'Arbeits- und Leistungsmedizin' zu einer Institution ausgebaut, die praktisch für Arbeiter und Soldaten die Krankheit generell abschafft, um z.B. zu verhindern, daß die ArbeiterInnen die Rüstungsproduktion

für WK 2 boykottieren. Zu dieser Zeit wurde der Vertrauensarzt im Volksmund 'Gesundschreiber' genannt, und viele machten lieber gleich blau als sich noch nen Krankenschein zu holen. Das Aufspüren von Arbeitsverweigerern, Simulanten und Drückbergern steht im Mittelpunkt seiner Tätigkeit. Er hatte dadurch eine Schlüsselrolle bei der Aussonderung und Vernichtung. Heute ist das nicht anders! Die gesetzliche Grundlage für die Angriffe auf die Arbeitsunfähigkeit der Malocher/-innen ist in der Aufbaugesetzgebung von 1934/36 noch heute gültig. Als Ergänzung des "Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung" wurde 1983 ein verstärktes Interventionsrecht der Kapitalisten bei vertrauensärztlichen Untersuchungen eingeführt.

Wenn wir heute ab und zu mal krankmachen, damit uns der ganze Stress auf Arbeit mal kann, kriegen wirs zwangsläufig eines Tages mit dem Vertrauensarsch zu tun. Mit dem Druckmittel des Leistungsentzuges versucht er dich zum "demütigen Strammstehen vor seiner richterlichen Exzellenz" zu zwingen. Das Urteil wird dann

wird dann 1Tag später mit der Post geschickt, wahrscheinlich weil sie Muffe haben, sie könnten gleich eine aufs Maul kriegen. Das Ganze funktioniert aber nur solange wie uns nichts einfällt dem was entgegen zu setzen.

Und leider muß man sagen, gab es außer einem Brandanschlag in den letzten Jahren nicht viel, was das ganze System eine Zeitlang lahmgelegt hätte.

Das Sozi. Ein Schandfleck besonderer Art. Gut versteckt vor dem Alltagsleben der Kiez-BewohnerInnen. Aber nur scheinbar. Und eigentlich braucht man über die Zustände, die dort HERRschen, kein Wort verlieren. Ihr kennt es zum größten Teil selbst - aus eigener Erfahrung. Die Erfahrung, daß der Staat über das Sozi die Herrschaft über uns und alle erlangen will, die sich nicht mehr in den täglichen Arbeitsstreß intergreiren lassen können oder wollen, die für die kapitalistische Ausbeutungsmaschinerie überflüssig geworden sind.

Dieser potentielle Unruheherd soll über Schikanen, Demütigungen und Erniedrigungen klein gemacht werden, indem in die gesamten Lebensverhältnisse der vom Sozi Abhängigen eingegriffen wird. Zwangsregulierung der Lebensmittel und der Lebenslage in jeglicher Hinsicht. Das dem Sozialhilfegesetz zugrundeliegende Prinzip der "besonderen Prüfung und Hilfe für den Einzelfall" dient gerade nicht den auf Sozialhilfe Angewiesenen, sondern funktioniert als Instrument der Spaltung, Aussonderung und Kontrolle. Kontrolle über die Form des Wohnens, der Geldausgaben, der Zeit, der Arbeit oder Nichtarbeit, der Bevölkerungszusammensetzung in der Stadt und im Stadtteil.

Beispiel Wohnen:

Bewohnt jemand mehr als die ihm oder ihr als SozialhilfeempfängerIn zustehenden Quadratmeter Wohnraum, so wird der Mietanteil dieser überflüssigen Quadratmeter vom Sozialhilferegelsatz abgezogen, wenn er oder sie nicht binnen sechs Monaten eine kleinere Wohnung gefunden hat. Das heißt: Entweder Verdrängung in Billigwohnungen und Aufgabe des bisherigen Lebensumfeldes oder ein Leben unterhalb

des Sozialhilfesatzes. Wenn man sich vorstellt, daß ab nächstem Jahr die Mietpreisbindung aufgehoben wird, weiß jede und jeder, was Sache ist. Die Zwangsräumungen (schon jetzt bis zu 60 Räumungsklagen pro Woche in Kreuzberg bei steigender Tendenz) werden zunehmen, die teuren Wohnungen werden an die sog. sozial gesunde Bevölkerung vermietet.

Kapitalistische Stadtplanung, was unter dem verniedlichenden Wort Umstrukturierung durch aller Munde geht, hat aber auch noch andere Facetten, z.B. in der AusländerInnenpolitik, auch am Beispiel Sozialamt:

AusländerInnen werden in vier Kategorien gespalten:

1. Die Menschen aus den EG-Ländern. Sie werden, wenn sie genügend gearbeitet haben, vom Sozi wie Deutsche behandelt - also genauso beschissen!
2. ArbeitsimmigrantInnen aus Nicht-EG-Ländern mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung. Sie dürfen die gleichen wenigen Ansprüche gegenüber dem Sozi haben wie die Menschen aus den EG-Ländern. Selbstverständlich auch mit allen Schikanen!
3. ArbeitsimmigrantInnen aus Nicht-EG-Ländern mit befristeter Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung. An dieser Personengruppe treffen sich drei Stränge staatlicher Planung: Arbeitsmarktpolitik, Ausländerpolitik und Stadtplanung unter dem Leitmotiv: Ausländer raus! Denn alle, die keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, kriegen in der Regel Schwierigkeiten mit der Ausländerbehörde, wenn es um die Verlängerung des Aufenthaltes geht. Das

Sozialamt informiert die Ausländerbehörde und diese kann die Aufenthaltsverlängerung allein wegen des Bezugs von Sozialhilfe verweigern. Wovon diese Behörde natürlich Gebrauch macht, und das heißt: AUSWEISUNG! Die Konsequenz für viele ist, gar nicht erst zum Sozi zu gehen, sondern sich irgendeinen Job zu suchen. Wie diese aussehen braucht wohl nicht weiter beschrieben zu werden.

4. In der Spaltungshierarchie staatlicher Ausländerpolitik stehen die Flüchtlinge an letzter Stelle. Neben dem Terror der Ausweisungen durch die Ausländerpolizei, der Errichtung von Lagern und der öffentlichen Hetze gegen Asylsuchende hat sich auch die Sozialadministration etwas einfallen lassen: Der sog. Haushaltsvorstand erhält nicht den vollen Satz von 412 DM im Monat, sondern nur 323 DM und dieser werden zum Teil noch in Wertgutscheinen ausgezahlt. Richterliche Begründung dieser Sauerei: Die Eßgewohnheiten der meist aus Afrika und Ostasien stammenden Flüchtlinge seien nicht so ausgeprägt, so daher komme der volle Sozialhilfesatz nicht in Frage! So einfach ist das!

Aussonderung, Spaltung, Zwangsregulierung von Lebensverhältnissen und -bedürfnissen, Disziplinierung von Widerstand. Das staatliche Gewaltpotential kennt keine Grenzen! Trotz millionenfacher Erwerbslosigkeit will sich der Staat auch die vollständige Verfügbarkeit über die Arbeitskraft aller Menschen aneignen, auch wen sie vom kapitalistischen Produktionsprozeß nicht mehr gebraucht werden! Disziplinierung durch Arbeit, durch Zwangsarbeit. Jährlich ca. 50.000 Zwangsarbeitseinsätze (sog. gza)

allein in Berlin. Aber damit nicht genug! Inzwischen erhalten bestimmte Gruppen erwerbsloser SozialhilfeempfängerInnen vom Sozi jeden Monat einen "Laufzettel", mit dem sie sich bei Betrieben vorstellen müssen. Diese müssen die "Laufzettel" dann abstempeln, damit das sozi die Kontrolle hat, daß sich der oder die sozialhilfeempfängerIn auch tatsächlich um Arbeit bemüht hat. Wenn nicht, werden die paar Mark Sozialhilfe gekürzt, bzw. gestrichen. Diese Praxis hat inzwischen auch Kreuzberg übernommen. Wenn schon, dann sollen alle gleich beschissen behandelt werden. Denn sonst kämen vielleicht einige SozialhilfeempfängerInnen auf die Idee, sich in Kreuzberg anzusiedeln. Und das paßt nun nicht in das Konzept von sozialer Hygiene und Befriedung!

Ein Großteil der Menschen in Kreuzberg 36 sind direkt oder indirekt vom Sozialamt abhängig. Wie bereits gesagt, zielt die Strategie auf Spaltung und Vereinzelung. Solange diese wirkt, d.h. wir uns nur einzeln mit dieser Behörde abnerven, voller Wut oder Angst, solange machen sie uns immer wieder ein! Und es wird nichts passieren, außer daß die Verwaltungshocker ihre Kisten ungestört und stetig schärfer auf unserem Buckel durchziehen.

- UNSERE EIGENE LAGE ZUM AUSGANGSPUNKT DES WIDERSTANDS MACHEN!

- ES LIEGT AN UNS, ZU ÜBERLEGEN, WIE WIR UNSERE VEREINZELUNG AUFHEBEN!

- ES LIEGT AN UNS, UNS ZUSAMMENZUTUN UND KOLLEKTIV ZU WERDEN!

Diese Arbeit nimmt uns niemand ab!

Arbeitslosenladen und Sozialhilfeberatung

BEITRAG ZUM "SOZIALEN WOHNUNGSBAU"

Auch hier im sogenannten sozialen Wohnungsbau steigen die Mieten. Viele der Leute im Sozialen Wohnungsbau zahlen jetzt schon Mieten von 8, 9, 10 und mehr DM pro Quadratmeter. Zig Wohnungen stehen leer, wegen zu hoher Miete oder der beschissenen Lage. Natürlich zahlen die MieterInnen den leerstandsbedingten Mietausfall der Wohnungsgesellschaften. Mit der Miete bezahlen wir sowieso alles, was mit dem Wohnungsgeschäft zu tun hat. Wir zahlen die Baukosten, wir zahlen Instandsetzung und Modernisierung eines Hauses, wir bezahlen Abschreibung und Spekulation und wir zahlen dafür, daß sich Hausbesitzer und Spekulanten 10, 20, 30 oder mehr Häuser bauen können.

Besonders im sogenannten Sozialen Wohnungsbau kommen zu den jetzt schon sehr hohen Mieten weitere horrenden Mietsteigerungen hinzu, da der Staat die Finanzierung des "Sozialen Wohnungsbaus" aufgibt, und die Wohnungen aus der sog. Sozialbindung herausfallen. Der Wegfall der Sozialbindung ermöglicht noch höhere Profite für das Wohnungsbaukapital, über Mietsteigerungen oder den Verkauf der Mietwohnungen als Eigentumswohnungen.

In erster Linie sollen damit die unteren Einkommensklassen getroffen werden, die dadurch gezwungen sind, noch mehr zu arbeiten oder sich der staatlichen "Fürsorge" zu unterwerfen, incl. Zwangsarbeit. Leute mit Mietschulden werden zwangsgeräumt. Klar ist jedenfalls, daß hier in Berlin Zwangsräumungen aufgrund der verschärften Ausbeutung und Verarmung zunehmen.

Viele, die sich heute noch Illusionen vom Sozialstaat machen und denken, "meine Wohnung könne mir nicht nehmen", oder "das Sozi wirds schon zahlen", spüren spätestens bei der Zwangseinweisung ins Obdachlosenasyll die Gewalt der staatlichen Sozialverwaltung.

Gegen diese alltägliche Gewalt der Ausbeutung, gegen die Vertreibung aus unseren Wohnungen und damit auch aus unseren Lebenszusammenhängen hilft nur der gemeinsam organisierte und solidarische Widerstand möglichst vieler Menschen.



Redet mit euren Nachbarn und Nachbarinnen im Haus, in der Straße, mit euren Kollegen und Kolleginnen, Freunden und Bekannten, und überlegt, was ihr gemeinsam gegen den Arbeitszwang tun könnt. Es gibt jetzt schon viele, die sich zur Wehr setzen, in dem sie selbst die Miete gemindert haben, oder zum Teil gar keine Miete mehr zahlen, weil sie der Ansicht sind, eh schon zuviel für ihre Bruchbude zu bezahlen, oder aber einfach weil sie es nicht mehr bezahlen können.

Vereinzelt aber haben wir keine Chance, nur wenn wir uns zusammenschließen und mit tausend anderen Besitz-

losen die Mietzahlung verweigern. Fangen wir an, die Mieten zu mindern, Mieterhöhungen zu verweigern und gemeinsam den Mietstreik zu organisieren.

Einzelne können zwangsgeräumt werden, aber nicht wenn die BewohnerInnen ganzer Häuser, Wohnblocks, Straßen und Stadtteile die Miete nicht mehr bezahlen oder einen Teil der Miete einfach einbehalten. Wenn ganze Gruppen von BewohnerInnen Widerstand gegen Zwangsräumungen leisten, werden es sich Staat und Bonzen überlegen, ob sie das Risiko einer breiten Auseinandersetzung auf der Straße und einer breiten solidarischen Organisation der Leute untereinander provozieren.

Organisieren wir eine proletarische Gegenmacht, mit der wir in der Lage sind, die kapitalistischen/ patriarchalen Ausbeutungsverhältnisse auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu zerstören.

14.6. - 20.6. AUF DEN STRAßEN GENT-STRASSEN IN STELLING
NICHTS PASSIERT - ODER DOCH? - DIESE WOHNUNG WIRD PLÖTZLICH
GESTURMT - EINGETRETENE TÜR - TRANSGAS IM HAUSFLUR - UNSERE KINDER
SIND ZU KAMMERN - TÜR - EINGETRETENE TÜR - TRANSGAS IM HAUSFLUR - UNSERE KINDER
IMMER WIEDER SCHREIEN WENN DRAUßEN GRUNDLOS GEPRÜGELT WIRD! MACHT ALLE EURE
FENSTER - MINDER AUF! - 133 BUEBEN ZU VIELE GESCHLOSSEN!

Verweigern wir kollektiv die Arbeit!

Organisieren wir das gemeinsam verbilligte einkaufen im Supermarkt!

Nehmen wir uns gleich die ganze Bäckerei!

Klaut's den Reichen wo es nur geht!

Einzigste Alternati-
ve zu Ausbeutung
und Unterdrückung
ist die soziale
Revolution!!!

REISEBÜRO
Oranien

BEITRAG DER MIETBOYKOTTGRUPPE

Wir sind heute auf der Straße, weil wir genug davon haben, uns immer wieder durch Mieten, den Preis für das Leben allgemein und durch die Arbeit ausbeuten zu lassen. Bei vielen von uns Besitzlosen frißt heute die Miete 40-50% des Einkommens auf, was bedeutet, daß wir allein die Hälfte unserer Arbeitszeit für das Haus- und Grundbesitzerkapital malochen gehen.

Die zusätzlichen Mietsteigerungen stellen mehr und mehr ProletarierInnen vor die Situation, entweder noch mehr zu arbeiten, oder eben weniger zu konsumieren, um das Dach über dem Kopf zu halten. Billiger Wohnraum ist für uns sowieso kaum zu bekommen, da viel Altbau abgeerissen, teuer modernisiert, oder Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Viele werden dadurch von staatlichen Almosen abhängig gemacht und sind somit durch Wohngeld- und Sozialamt besser kontrollierbar und disziplinierbar. Mit Zwangsarbeit für ein, zwei Mark die Stunde, oder der Drohung, die Sozialhilfe zu entziehen, versucht der Staat, SozialhilfeempfängerInnen für jeden Drecksjob zu rekrutieren.

Gleichzeitig werden unsere Arbeitsbedingungen immer mieser. Arbeitsflexibilisierung, Umstrukturierung und Rationalisierung heißt für uns Proleten, immer üblere Jobs für immer geringere Löhne übernehmen zu müssen.

Aber nicht nur durch Mietsteigerungen zwingen uns die Bonzen zu Mehrarbeit, ebenso durch ständig steigende Preise für Gas, Strom, Essen, Kleidung oder die BVG.

Mietsteigerungen, die Preissteigerungen allgemein und die Umstrukturierung der Arbeit sind die Mittel der internationalen Großbanken und weltweit tätigen Konzerne, um mit Hilfe der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie uns zur Mehrarbeit zu zwingen um noch mehr aus uns rauszusaugen. Hart arbeiten oder verrecken ist doch die Devise der Ausbeuterschweine für ihre Arbeitssklaven und das weltweit!

Aber es ist nicht nur die verschärfte Ausbeutung, die wir satt haben. Miete an sich ist schon immer Teil des Zwangs zur Arbeit gewesen und seit der Industrialisierung Mittel, um das Proletariat in die Fabriken zu sperren. Mietsteigerungen sind aber auch ein Instrument, um aufsässige proletarische Stadtviertel zu durchmischen. Mieterhöhungen haben immer den Effekt, daß die unteren Einkommensklassen vertrieben und ausgesondert werden.

Mietsteigerungen, Stadtplanung und Sanierung sind für die herrschende Klasse Instrumente der vorbeugenden Aufstandsbekämpfung. Es sind Maßnahmen zur sozialen Säuberung von sogenannten Problemgruppen, um die Kämpfe der Ausgebeuteten gegen ihre Unterdrückung im Keim zu ersticken. Das hat für Kreuzberg nach dem 1. Mai, aber auch für andere Stadtviertel mit überwiegend proletarischer Bevölkerung, besondere Bedeutung. Tatsache ist jedenfalls, daß Wohnungsnot, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit für viele von uns Alltag ist und das in zunehmendem Maße, wenn wir uns nicht wehren!

Die herrschende Klasse braucht diese Ausgrenzung durch Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit, sowie sie ihre Knäste für sogenannte Kriminelle

braucht, Irrenhäuser für Psychiatri-sierte, oder eben Absterbekliniken für die nicht mehr verwertbaren Kranken, Alten, Armen. Uns soll ständig vor Augen geführt werden, wass passiert, wenn wir uns nicht durch die Ausbeuterschweine verwer-ten lassen wollen oder wir nicht mehr zu verwerten sind.

Kreuzberg spezial

Die von vielen beschworene Kreuzber-ger Mischung ist Teil dieses Ausgren-zungs- und Verwertungsprozesses. Die sogenannten alternativen Kollektive und Selbsthilfeinitiativen haben heute doch Modellcharakter für neue Ausbeutungsformen. Dort wird meist unter flexiblen Bedingun-gen und schlechter Entlohnung mehr gearbeitet; oft ohne jegliche Ab-sicherung im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Viele dieser Alternativklitschen könnten gar nichtbexistieren, würden zum spär-lichen Lohn nicht noch manche zusätz-lich Arbeitslosenknete oder Sozial-hilfe beziehen. Nicht nur Mehrarbeit und Selbstausbeutung sind in den Alternativklitschen und Selbsthilfe-projekten Alltag; Gleichzeitig wird uns dort eine neue Form der Arbeits-moral vorexerziert. Selbstbestimmte und sinnvolle Arbeit, ohne Chef, nennen manche diesen Selbstbetrug. Was bei der Fabrikarbeit die Diszi-plinierung durch den Chef, Meister oder Vorarbeiter ist, die uns zur Arbeit antreiben sollen, wird in der Alternativwirtschaft zur Selbst-disziplinierung der Leute untereinan-der im Interesse des Kollektivs.

Wer von uns kennt nicht den Hick-Hack und die Nerverei und doe oft anzutreffende Kleinkrämer- und Schre-bergärtnermentalität in vielen Selbsthilfe- und Alternativprojek-ten. Diese kleinbürgerliche Nischen-bildung ist ganz im Interesse des imperialistischen Staates. Es zemen-tiert seine Macht, indem es aus

ein paar Besitzlosen Kleinbesitzen-de macht, die wieder etwas zu ver-lieren haben. Diese neuen Beshäf-tigungsprogramme in Form der Selbst-hilfe- oder Alternativwirtschaft werden heute von den Planern der Europäischen Gemeinschaft, der OECD-der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder der Weltbank diskutiert und eingesetzt, um Billig-arbeit zu rekrutieren und Staats-ausgaben einzusparen.

Für Rechte wie für Linke ist die Alternativwirtschaft der Phönix aus der Asche abgebrannter Sozial-staatsillusionen. Sozialarbeiter, Stadtplaner, "Linke", Pfaffen oder Bullen sind sich einig, daß die Alternativwirtschaft das Mittel ist, um Jugendliche, AussteigerIn-nen, Verweigerer, Alkis oder Junks wieder mit Arbeit in die Gesell-schaft zu integrieren und möglichst billig für das Kapital zu verwerten.

Wie meinte doch ein CDU Bonze:

"Man muß darüber nachdenken, ob es nicht besser ist, Selbsthilfe oder Schwarzarbeit in neue Struktu-ren einzubeziehen, daß alle mitei-nander, auch bei Kürzung der gesam-ten Soziallasten, besser auskommen, als wenn wir den großen Block der Sozialleistungen, der für unsere Wirtschaft zu schwer geworden ist, willkürlich irgendwo kappen."

Berlins Senator für Soziales, Ulf Fink, schreibt:

"Selbsthilfegruppen widmen sich der Daseinsfürsorge, in dem sie soziale Dienste leisten und den Staatsapparat entlasten."

Selbsthilfeideologe Josef Huber, Mitbegründer und Mitarbeiter von Netzwerk bringt es auf einen Nenner, wenn er meint, daß es besser sei, Sozialfälle in die Alternativökono-

mie zu integrieren, als wenn die staatliche Ausgrenzung wieder in den Gaskammern ende.

Wenn wir also von Widerstandsstrukturen im Kiez sprechen, dann ist das nicht die Alternativscene, dann sind das nicht die Stadtplaner und Integrationskünstler von IBA, S.T.E.R.N oder dem Verein S0 36, nicht Erneuerungskommission, nicht Stattdbau, Stiftung Kreuzberg oder vom Staat bezahlte Mieterläden. All diese Einrichtungen sind Teil der Umstrukturierungsstrategien und sie bereiten mit ihrer Arbeit das Terrain für die soziale Säuberung vor.

IBA und S.T.E.R.N. sind geradezu die Agenturen der gewaltsamen Umstrukturierung Kreuzbergs. Die IBA ist die Förderin der Selbsthilfe im Eigenheimbau, die mit staatlichen Mitteln subventioniert wird. Es ist auch kein Zufall, daß die Geschäftsführer der IBA als Berater der Macht beim Bausenator beschäftigt sind. Wie heißt es doch im Programm der IBA:

"Die IBA bereitet experimentell neue Formen der Wohnungs- und Stadtpolitik für Berlin vor, die die erforderliche Anpassung an die gewandelten sozioökonomischen Bedingungen erproben und in die Wege leiten."

"Die IBA ist ein Versuchsfeld für sozialintegriertes Bauen und für die Entwicklung neuer Wohnformen, insbesondere für bestimmte Ziel- und Problemgruppen."

Schwerpunkt der Arbeit der IBA in Kreuzberg ist die "... soziale, ökonomische und bauliche Stadterneuerung Kreuzbergs."

Das heißt nichts anderes als die Fortführung der Stadtplanung von oben, die Konflikte vorbeugend eindämmen soll, indem sie versucht,

die Kämpfe und Wünsche der Ausgebeuteten und Unterdrückten für ein besseres Leben aufzusaugen und sie über die Kleinstrukturen der Alternativwirtschaft in systemkonforme Bahnen zu lenken.

Wir brauchen keine IBA oder S.T.E.R.N um mit neuen Lebensformen zu experimentieren. Wir brauchen erst recht keine Planung von oben.

Ebenso der Verein S0 36. Die Aufgabe des Vereins ist es, die MieterInnen von der Modernisierung eines Hauses zu überzeugen. In Sanierungsgebieten tritt der Verein als Vermittler zwischen Hausbesitzer und MieterInnen auf, um sanierungsvorbereitende oder sanierungsbegleitende Maßnahmen einzuleiten.

"Eine fast unersetzbare Hilfe für Politiker", meinte Harry Ristock, ehemaliger Bausenator von Berlin über den Verein S036. Er schätzte den Verein besonders wegen seiner guten Kontakte zu Mieterinitiativen und zur Bevölkerung und der guten Arbeit des Vereins bei der Durchsetzung der Strategien für Kreuzberg.

Wenn wir hier von Widerstandsstrukturen sprechen, meinen wir die sozialen Verbindungen der Menschen hier im Kiez, die sie zum Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung befähigt. Unsere Alternative heißt nicht Integration in den imperialistisch-/patriarchalischen Verwertungs- und Vernichtungsstaat in Form alternativer Nischen. Statt alternativer Hinwendung zu Vater Staat sollten wir uns überlegen, wie wir gegen die zunehmende Ausbeutung und Verarmung kämpfen und wie wir kapitalistischen Alltag und unsere Isolation durchbrechen!

Görlitzer Park und Kinderbauern- hof auf dem Görli

Hier auf dem 14 ha großen Görlitzer Gelände ist das Bezirksamt inzwischen dabei, einen Park zu bauen. Stadtplaner, genauer: die Freie Planungsgruppe Berlin, haben diesen Park geplant, ohne die schon dort befindlichen Projekte zu berücksichtigen oder generell nach den Bedürfnissen im Kiez zu fragen.

Von den heeren Ansprüchen zu Anfang ist auch nichts mehr übrig geblieben. Sollte doch ein Ausbildungsprojekt für Jugendliche eingerichtet werden, wo diese eine Gärtner-Innenlehre machen können. Oder:

Sollten doch die kleinen Gewerbetreibenden und Kollektive im Kiez mit Aufträgen für den Parkbau bedacht werden.

Was ist daraus geworden? Nichts - ein paar Jugendliche werden durch den Parkbau ABM-mäßig beschäftigt, um nach einem Jahr wieder auf der Straße zu stehen. Und mit den Bauarbeiten werden große Firmen beauftragt, die das Parkkonzept so schnell wie möglich durchziehen sollen.

Was wird da eigentlich gebaut? Ein pompöser Park mit einem terrassenförmigen Betonplanschbecken für die Kids, mit Schmutzgarten, Biotop, Alleen, einer Wiesenmulde, einem umzäunten Sportplatz mit

Flutlichtanlage etc. Erdmassen werden hin und herbefördert, die Wildvegetation auf dem Görli zerstört und die alten Baracken teilweise abgerissen. Knapp 40 Millionen werden in den Park investiert und dabei ist es auch klar, wer daran verdient. Die Parkplaner verdienen sich eine goldene Nase und ansonsten schöpfen große Firmen den Rahm ab.

Was bedeutet die Entstehung des Parks für uns KiezbewohnerInnen? Uns wird die letzte Freifläche in Kreuzberg schlichtweg geklaut. Nirgends im Bezirk kann man so weit gucken wie auf dem Görli und nirgends kann man sich auch so unkontrolliert bewegen wie da. Die Kids können spielen und toben, ohne daß sich jemand dran stört. Vom Frühjahr bis Herbst ist der Görli ein Ort, wo sich alle Bevölkerungsgruppen treffen.

Dieser letzte Freiraum wird uns durch den Park genommen, alles muß kontrollierbar sein im Kiez.



Aber für wen werden denn diese 40 Millionen in den Wind geschossen? Sicherlich nicht für uns, die wir mit der Planerästhetik nichts am Hut haben. Im Zuge der sog. sozialen Umstrukturierung in Kreuzberg sollen ja in Zukunft ganz andere Menschen hier wohnen. Und für gestylte Leute braucht es natürlich auch einen gestylten Park.

Wir auf dem Görlitzer Kinderbauernhof werden durch den Parkbau auch existentiell bedroht. Wegen einer Wiesenmulde im Park soll unser Gelände halbiert werden, der Acker fällt dadurch weg. Es wurde uns zwar ein Ersatzgelände versprochen, aber eine vertragliche Absicherung darüber gibt es noch nicht. Es ist ganz offensichtlich, daß wir dem Gartenbauamt ein Dorn im Auge sind.

Der Leiter des Gartenbauamtes hat sich sogar einen Tag nach der Räumung auf dem Mauerplatz erdreistet, uns ebenfalls mit Räumung zu drohen. Wir sollen gezwungen werden, einen Pachtvertrag zu unterschreiben der uns jeglicher Autonomie beraubt.

Auch der Kinderbauernhof soll den sogenannten optischen Eindruck des Parks nicht beeinträchtigen. Planer zerbrechen sich darüber den Kopf, wo unsere Gebäude zu stehen und wie unsere Wege zu verlaufen haben. Darauf werden wir uns nicht einlassen.

Wir werden weiter für den Erhalt unserer Freiräume kämpfen, denn wir wissen: mit dem neuen Park ist bereits der ganze Kiez beschissen worden.



Werte KiezdemonsrantInnen

Wir erzählen was über die Geschichte dieses Hauses, seitdem einige von uns hier wohnen. Angefangen hat alles im Herbst 1985. Mit einem kleinen Zettel an der Haustür, auf dem "Wohnungen zu vermieten" drauf stand. Damals waren vier Wohnungen leer, zwei weitere sollten bald leer werden.

Über einen Bevollmächtigten der sogenannten "Eigentümergeinschaft Wrangelstraße 90" wurden drei Wohnungen angemietet. Wir hatten von Anfang an vor, den Eigentümern Feuer unterm Arsch zu machen, denn die Konditionen der Vermietung waren gelinde ausgedrückt eine Unverschämtheit. 400 DM für eine 11/2 Zi-Whg., mit teils unverglasten, verzogene Fenstern und 500 DM für eine 2 Zi-Whg., bei der außer den feuchten Mauern überhaupt nichts mehr funktionierte. Wir verpflichteten uns also im Mietvertrag diesen Preis noch vor einer angeblich geplanten Modernisierung zu bezahlen und weiterhin die jeweiligen Wohnungen selbst zu renovieren und instandzusetzen. Mit dem Schlüssel in der Hand und dem Mietvertrag in der Tasche legte dann unser Anwalt los und statt Miete hagelte es Klagen und Prozesse.

Die "Eigentümergeinschaft" bestand aus fünf verschiedenen Vertragspartnern, die ihr überschüssiges Geld mit Spekulation anhand dieses Hauses vermehren wollten. Gierig wie sie waren, beließen sie es nicht nur bei einem Selbsthilfeantrag für Senatskohle, womit der Wert des Hauses ohne nennenswerte Investitionen enorm gestiegen wäre.

Sie wollten auch vor der Modernisierung über Mieten soviel rausschlagen, wie nur geht. Daß sie dieses Risiko aus Geldgier eingingen, zeigt, wie wenig sie mit der Gegenwehr von MieterInnen rechneten, die heute ihren gesamten Plan über'n Haufen geworfen haben. Innerhalb eines Jahres konnte keine einzige Modernisierungsmaßnahme durchgeführt werden. Statt dessen wurde ein 8 qm kleiner Raum zubetoniert und mit einem Plastikfenster und einer Plastiktür versehen, um auch hier wieder Miete herauszuschlagen. Zu dem Zweck wurde dem Schneider das Klo zugemauert, um es zu dieser neuentstandenen Wohnung zuzuschlagen.

Dann sollten die Flügeltüren von allen Wohnungen im Anfang rausgerissen und durch winzige Plastiktüren mit Guckis ersetzt werden. Das gelang bei drei Wohnungen. Wo es nicht gelang, wurde mit Einbruch, Schlägern und Prügelei gedroht. In der Zwischenzeit gabs im Winter kein Wasser, viele Öfen funktionierten nicht und durch ebenso viele Fenster pffiff eine kalte Briesse.

Im Winter

Im Winter '86 war das Konsortium in sich zerstritten, das Haus stand zum Verkauf. Die verbliebenen Plastiktüren und Plastikfenster wurden abgeholt und es geschah erst recht nichts mehr, außer in den Gerichtssälen. Über eine gelungene und eine versuchte Brandstiftung wurde vermutlich versucht, wenigstens von der Versicherung noch Bares abzuziehen, nach dem das über die Mieten nicht gelungen war.

Der Chef der "Eigentümergeinschaft" sprach vom "schlechtesten Geschäft meines Lebens", da unterm Strich nur Verlust bei der ganzen Transaktion herauskam. Gerichtsvollzieher drohten mit Pfändung, das Gericht selbst mit Haft und inzwischen mußte der Clan über 20 000 DM an eingeklagten Instandsetzungskosten locker machen und unserem Anwalt übergeben

Anfang '87 wurde das Haus verkauft. Zuvor spazierte hier fast täglich die Spekulantenmafia verschiedenster Couleur durch, dicke Daimlers und Jaguars parkten vor dem Haus. Wir wissen nicht, ob die rausgehängten Transparente mit dazu beitrugen, hier nicht zu investieren. Aber es ist gut vorstellbar, daß diese Mafia ihre Geschäfte lieber im Dunkeln macht und das ist die Regel statt von vorneherein mit Ärger von Seiten der MieterInnen zu kalkulieren. Außer ein bißchen Zeit hat uns der Widerstand gegen Spekulator & Co. finanziell nichts gekostet, weil wir übern Mieterverein, Mietergemeinschaft

meinsch oder übers Sozi rechtsschutzversichert sind. Im Gegenteil: wegen der durchgeboxten Mietminderung waren wir nicht gezwungen, für eine Selbstverständlichkeit-nämlich Wohnen-horrende Summen anzuschaffen und den Eigentümern in den Arsch zu drücken. Außerdem macht es des öfteren Spaß, den Herren und Damen forsch gegenüber zu treten und sie bei Bedarf auch viel zu jagen.

Jetzt kommt der zweite Teil der Geschichte, in der wir uns gerade befinden. Zur Zeit haben wir es mit neuen Eigentümern zu tun, mit denen wir Plenen abhalten und diskutieren. Wir wollen sie als alternative Hausbesitzer bezeichnen, weil sie eine grundlegend andere Motivation mit dem Hauskauf verfolgten, als die Spekulanten vorher. Sie haben auch andere Sachen im Kopf. Also sie reden mit uns wenigstens über unsere Interessen und manchmal auch über ihre.

Nach dem Hauskauf wurde gleich eine große Besprechung abgehalten. Damals noch unter den Fittichen unseres Beauftragten vom Verein SO 36, der unsere Interessen vertreten sollte, von denen er natürlich nur eine technokratische Ahnung hatte.

Zu diesem Zeitpunkt füllten sich die restlichen leerstehenden Wohnungen mit Leuten, der Opa starb, und alle Neuen bekamen erstmal Mietverträge aus der Schreibwarenhandlung. Dieser Füllvorgang kann als schleichende Besetzung bezeichnet werden, bei der sich unüberschaubare Verhältnisse zunutze gemacht wurden. Dann gingen die Gespräche los. Während wir mit den neuen Besitzern diskutierten, verstanden wir uns nicht als die VertreterInnen einzelner Wohnungen, sondern als Gemeinschaft. Wir versuchten, zusammen eine einheitliche Meinung zu finden, und uns nicht vereinzeln zu lassen. Das war nicht immer möglich.

Als erstes wollen wir die Position von Besitzern uns gegenüber schildern und die Versprechungen, die uns gemacht wurden. Besitzern wollten preiswerten Wohnraum und schöne Altbauten erhalten. Das sollte der Hauptgrund für den Hauskauf sein. Die Entstandsetzung sollte von einer eigenen Firma erledigt werden, die die Kohle von IBA, also vom Senat erhalten würde. Die Miete sollte so gering wie möglich bleiben. Schon im Frühjahr wurden uns Arbeiten in den Wohnungen versprochen. Wir frohlockten. Kein juristischer Stress mehr, viele Leute im Haus und dasselbe wird nach unseren Vorstellungen in Ordnung gebracht. Zunächst machte uns nur die Finanzierung Sorgen, weil wir es nicht gewohnt sind, ohne Gegenleistungen derart großzügig unterstützt zu werden. Diese anfängliche Euphorie hat sich im Laufe des Jahres in handfestes Miß-

trauen verändert. Viele Versprechungen blieben hohl und die persönlichen Verarschungen nahmen zu. Wir faßten schon mal den Entschluß, die leeren Diskussionen abubrechen und auf derselben Ebene wie gegen die alten Eigentümer, sprich Spekulanten weiterzumachen. Dann wurde wieder eine Möglichkeit im gütlichen Einvernehmen ins Auge gefaßt, die sich aber gerade wieder als Flop herausstellt.

Wir zählen hier mal einpaar Sachen auf, die innerhalb des Jahres geschehen sind:

Als erstes die Miete: Es hieß, sie sollte so gering wie möglich gehalten werden. Geringst möglich bedeutet, daß über unsere Mieten die Zinsen für ein Bankdarlehen getilgt werden. Wir sollten also ihr Eigentum mitbezahlen, dessen Wert sich nach einer Instandsetzung oder Modernisierung vervielfacht. Nach dem letzten Vorschlag sollen wir wieder die Miete mindern, obwohl die juristischen Möglichkeiten weiterhin bestehen, noch den regulären Satz von 2.80 DM/qm bezahlen, sondern ab 1.1.'88 schon 4 DM/qm. Ohne diese freiwillige Anhebung der Miete wäre die geplante Instandsetzung nicht durchführbar. Wir willigten ein und stellten drei Bedingungen: Instandsetzung und nicht Modernisierung nach unseren Vorstellungen, Festschreibung dieser neuen Miete, ein von uns ausgearbeiteter Mietvertrag. Nach mündlichen Aussagen von Besitzer ist keine einzige dieser Bedingungen realistisch, wie sie es nennen

Als zweites das Thema Modernisierung: Nach dem Hauskauf hieß es Instandsetzung, kurz darauf schon Modernisierung. Ohne Innenklo, Dusche und Thermopenfenster sei keine Senatskohle locker zu machen. Wir erkundigten uns und stellten fest, daß das wohl möglich ist. Wir wollen eine reine Instandsetzung

und unsere Wohnungennicht durch irgendwelche Standarteinbauten noch kleiner und teurer werden lassen. Besitzers reagierten mit der Bemerkung, wir wären eh Leute, die hier nicht lange wohnen, und für neue Mieter wäre z.B. ein Außenklo unzumutbar. Da wir uns nicht einigen konnten wollten sie das Haus wieder verkaufen. Das scheiterte wohl an der Erkenntnis, daß sie dafür wohl kaum etwas bekommen. Also schlugen sie uns eine Instandsetzung in Absprache mit uns vor, wenn wir, wie gesagt, noch vor dem Beginn der Arbeiten mehr Miete zahlen. Wie auch diese Versprechung zu verstehen ist, zeigen wieder einige Bemerkungen am Rande:

Eltern mit Kindern würden während der Bauphase ausziehen, weil es zu laut und zu dreckig wird. Es hätte des weiteren keinen Sinn, kaputte Fenster selbst durch Einfachfenster zu ersetzen, weil in zwei Jahren hier eh überall Thermopendoppelfenster reinkämen, also Modernisierung! Als Krönung der Hinterhältigkeiten wurde ein ganz besonderer Trick versucht: Als der Opa starb und für neue Leute ein Mietvertrag ausgestellt wurde, war dort zu lesen, daß sich die Mieter mit allen Modernisierungsmaßnahmen einverstanden erklären, obwohl wir uns immer dagegen gewehrt haben.

Als weiteres zum Thema Methoden: Für eine Wohnung wird nach wie vor eine geminderte Miete gezahlt, weil Zusagen nicht eingehalten wurden. Den Mietern wird mit Kündigung gedroht und allen anderen angedeutet, daß ein Gespräch über den von allen ausgearbeiteten Mietvertrag nicht stattfindet, bis für diese eine Wohnung die normale Miete eingeht. Soll heißen: Alle HausbewohnerInnen sollen die Miete der einen Wohnung

disziplinieren, um eine Lösung für alle zu ermöglichen. Eine solche Methode wird vom Staat und seinen Repressionsorganen ständig benutzt, um Leute zu spalten.

Zum anderen befindet sich hier unten ein ehemaliges Stadtteilbüro der SPD, daß aufgegeben und inzwischen als Volksküche genutzt wird. Besitzers bieten einen Vertrag für einpaar Monate an, womit wir unseren eigenen Rausschmiß unterschreiben sollen. Wenn nicht, wird der Laden gleich geräumt.

Aus den beschriebenen Erfahrungen haben wir folgende Erkenntnis gezogen: Die Eigentümer unserer Wohnungen sind solange nett und diskussionsfreudig, wie wir uns in ihre Vorstellungen und Sachzwänge fügen. Während sie verbal verkünden, wir könnten mitentscheiden, haben sie ihre festen Pläne im Auge, die sie zur Not mit juristischem Druck und Räumung durchsetzen werden. Wir haben von vorneherein gesagt, daß wir nur unter bestimmten Bedingungen bereit sind bereit swind ihr Eigentum mitzufinanzieren. Wir haben ihnen auch versucht zu erklären, warum wir kein Selbsthilfeprojekt gründen

wollen. Der Punkt ist nicht, daß sich Besitzers keine Mühe geben. Auf ihre Art tun sie es manchmal. Der Punkt ist, daß sie als Hauseigentümer von Banken, S.T.E.R.N und Staat abhängig sind, und wir als MieterInnen ihre Abhängigkeit mittragen sollen. Wir sollen uns an einem unternehmerischen Risiko beteiligen, bei dem nur für die eine Seite Gewinne und für uns nur Miese rauspringen. Wir wollen weder selbst HausbesitzerInnen sein, noch uns ihre Probleme zu eigen machen.

Als drittes zum Thema dringende Arbeiten im Haus, insbesondere vor dem Winter: Besitzers liefen in verschiedener Zusammensetzung durch das Haus, notierten sich Mängel und versprachen deren Behebung. Im Frühjahr, im Sommer, im Herbst

und im Winter. Erst hieß es bald, später, wenn Leo aus dem Urlaub zurück ist, dann in zwei Wochen. Kaum eine dieser Versprechungen wurden eingehalten, statt dessen die Mängel von einer Besichtigung zur nächsten immer wieder heruntergespielt. Die wenigen Dinge, die inzwischen doch noch geschehen sind, sollen wir mit Gtoßmut beantworten, hinsichtlich unserer Forderungen. Trotzdem werden diesen Winter die Leitungen wieder platzen, wie jeden Winter.

Zum Schluß noch was zum lästigen Thema Bullen: Im August wurde hier eine Wohnung gestürmt, und dem Wohnungsinhaber die Knarre an die Schläfe gehalten. Gesucht wurde ein Mitbewohner wegen 1000 DM Gerichtsschulden, die kein einziges Mal angemahnt wurden. Ein paar Tage darauf wurden zwei Wohnungen durchsucht, wegen eines Transparentes mit "volksaufhetzerischem" Charakter. Es zeigte einen wixenden lechzenden Beamten hinter einem Busch, der mit Fernglas unser Haus beobachtet. Die Aufschrift war: "Es ist etwas im Busch!". Die Durchsuchungsaktion wurde vom Staatsschutz aus gebührender Entfernung beobachtet. Außerdem wurden schon zweimal Transparente nachts und zumindest einmal mit einer Leiter geklaut.

Da das alles nicht gerade gewöhnlich ist, können wir uns vorstellen, daß die Bullen demnächst noch mehr die Sau rauslassen. Wir fänden es gut, wenn sich hier jede Menge Leute aus dem Kiez zu einer pöbelnden Menschenmenge zusammentun, damit sie auch im Winter ins Schwitzen kommen.

**WIR LASSEN UNS
NICHT ERPRESSEN !!**

**Parole: UNTERSTÜTZT
DEN KAMPF DER
HAFENSTRASSE ! ! ! ! !**

ABSCHLUSSKUNDGEBUNG VOR "BOLLE"

Wir stehen hier vor einem symbolträchtigen Ort: Bolle!

Realistisch wie wir nunmal sind, müssen wir feststellen: Der Zustand von Staat und Kapital sieht noch nicht so aus wie Bolle!

Bolle, der 1. Mai waren sowas wie das Aufflackern der Möglichkeiten einer Gegenmacht von unten. Doch was heißt hier Gegenmacht von unten?

Das kann heißen, daß wir vielleicht mal in ganzen Häusern, Straßenzügen, Stadtvierteln mietfrei wohnen. Denn schließlich: Ein Hausbesitzer wäre vergleichbar mit einem Luftbesitzer, der die Luft zum Atmen vermietet. Daß klare Luft und warme Wohnmöglichkeiten selbstverständliche Grundbedürfnisse sind, mit denen niemand ein Geschäft machen darf, ist doch einleuchtend.

Gegenmacht könnte weiter bedeuten, zu verhindern, daß Menschen aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt und aus ihrem Stadtteil vertrieben werden, daß einerseits Wohnraum leersteht, während gleichzeitig Tausende über Monate bei der Suche nach einer Behausung vielfache Stationen der Erniedrigung und Entwürdigung durchlaufen müssen.

Gegenmacht muß weiter bedeuten, daß mit der Aufhebung der Mietpreisbindung jedes auch nur leichte Drehen an der Mietpreisschraube nach oben verhindert wird.

Gegenmacht heißt auch, zu organisieren, daß sich jede Frau ohne Angst und mulmige Gefühle, ohne Anmaché u.s.w. auf den Straßen bewegen kann. Das heißt auch,

daß Läden wie z.B. Sex-shops o.ä., die mit der Ausbeutung der Frau als Sexualobjekt ihr Geschäft betreiben, verschwinden.

Gegenmacht heißt, der Hetze gegen AusländerInnen und Flüchtlingen entgegenzutreten und sie vor den Ausländerbehörden zu schützen. Das bedeutet aber auch: Keinen Fußbreit für Faschisten, egal welcher Nationalität oder Aufmachung.

Gegenmacht heißt schlußendlich, vor allem nicht nur auf die Schwellenereien des Staates zu reagieren, sondern selbst dort loszulegen, loszuschlagen, wo's das System nicht erwartet.

Es gäbe hier bestimmt noch eine Reihe anderer wichtiger Klassenaus-einandersetzungspunkte zwischen uns einerseits und Staat/Kapital andererseits. Diese Aufzählung sollte auch kein Kampfkatalog sein, sondern nur Möglichkeiten, Notwendigkeiten andeuten.

Der Begriff Gegenmacht ist aber nicht als Phrase gemeint. Die Hafenstraße in Hamburg ist ein Beispiel von Gegenmacht, von dem wir lernen können. Die Leute dort haben ihre politischen Ziele mit konsequenten Mitteln verfolgt und haben bislang sich nicht die Wurst vom Butterbrot nehmen lassen. Die Politik hat dabei fast immer die Mittel der Auseinandersetzung bestimmt und nicht umgekehrt.

Gegenmacht bedeutet vor allem, die politische Auseinandersetzung um die Herzen und Köpfe der Menschen zu führen. Sonst bleibt

die Auseinandersetzung mit dem Staats- und Bullenapparat auf der Straße langfristig erfolglos. Und wie brutal der Bullenapparat seine militärische Stärke einsetzt, haben wir besonders in diesem Jahr in Kreuzberg, aber natürlich nicht nur hier, erfahren. Wenn wir die politische Offensive vernachlässigen, uns auf die militärische Kraftmeierei mit diesem Bullenstaat beschränken, fällt es dem Staat leichter, uns zu isolieren. Wenn revolutionäre Ideen in den Herzen und Köpfen beispielsweise in einem Stadtteil verankert sind, können die Schweine noch so gigantische rollende Festungen, Räumfahrzeuge, Wasserwerfer, Monsterbullen usw. auffahren, sie kriegens nicht in Griff!

Das alles ist nichts für ghettoisierte Selbstgefälligkeit. Freiräume, neue Lebenskultur, Gegenmacht müssen ständig verteidigt und erweitert werden, müssen zusammenkommen mit Kämpfen in anderen Stadtteilen und anderen Bereichen. Sie sind Zwischenschritte im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben.

In der täglichen Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse müssen sie sich bewähren. Das heißt, die politische Initiative muß bei uns liegen, nicht beim Staat. Dafür steht wieder das Beispiel Hafenstraße.

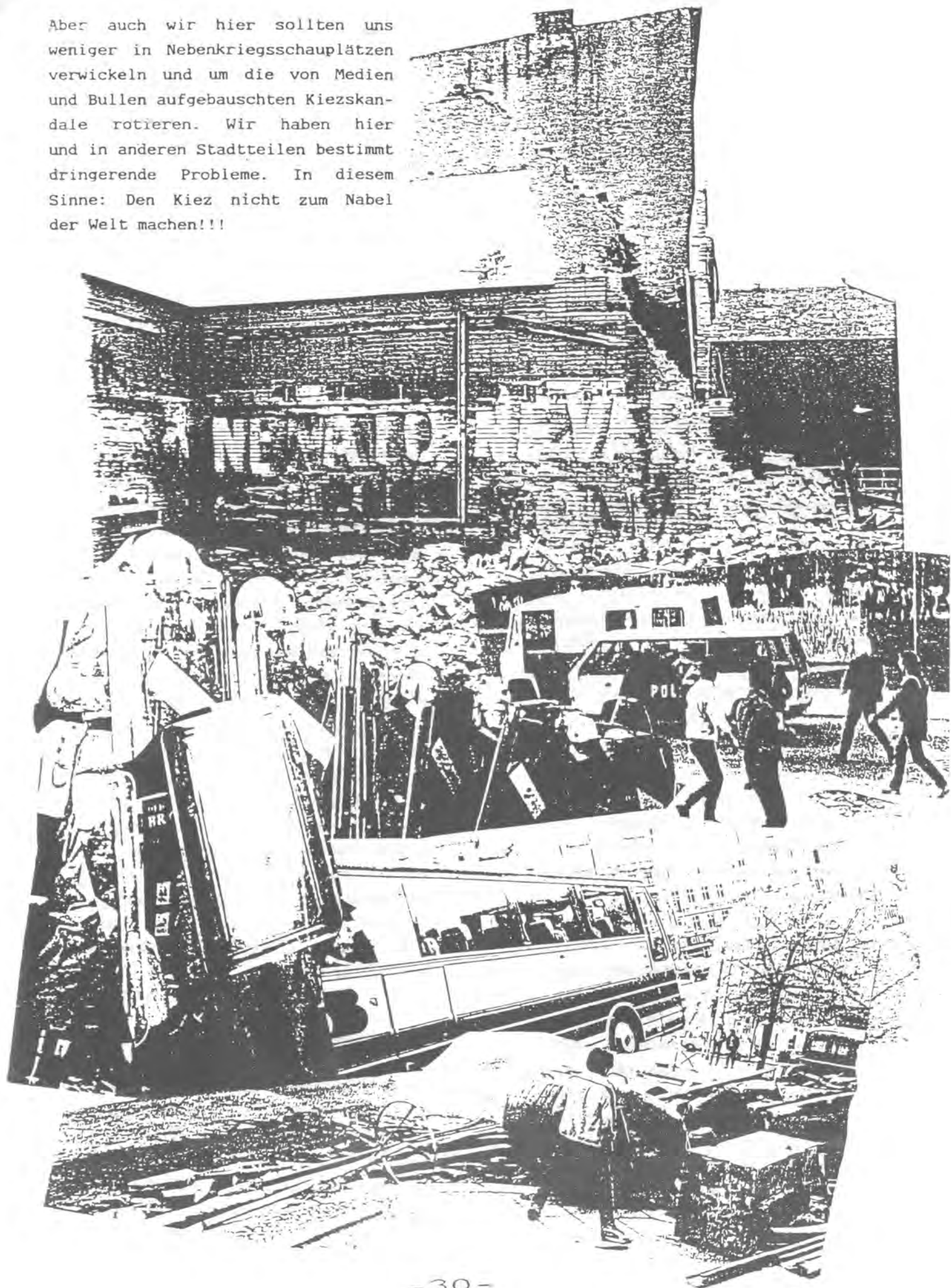
Wir denken, daß hier die Gefahr der Isolierung in unseren Ghettonischen zur Zeit relativ groß ist. Die romantische Vorstellung von einem "befreiten" Kreuzberg trübt bei manchen den Blick für die Realitäten um uns herum. es sind nicht wenige, sie sich vom quirlig-bunten, toristisch vermarkteten Ghettomythos blenden lassen. Nicht wenige, die sich mit ihrem ehemals besetzten und jetzt selbst sanier-ten Minipalast zufrieden geben.

Bei nicht wenigen hat es zu Scheuklappendenken geführt gegenüber anderen Stadtteilen, die ebenfalls mit Umstrukturierungen, Mietsteigerungen oder gar verstärkt mit Neonazis, Naziskins zu kämpfen haben wie z.B. Spandau. Dann gibt es welche, für die der Kiez mit der Oranienmeile beendet ist.

In SO 36 scheinen die Bedingungen auch erstmal besser zu sein als in anderen Bezirken. Wir sind hier vielleicht auch schon viel mehr als wir denken. Wir haben zum Beispiel vier Kiezküchen, eine gut funktionierende Gerüchteküche und bald haben wir auch wieder eine Waschküche für die Reinheit der richtigen Ideologie. Natürlich gibt es auch sowas wie ne Szenestruktur mit Projekten, Initiativen und Alternativbetrieben. Doch wer ernsthaft meint, arbeiten ohne Chef sei schon was ausgesprochen Politisches, der irrt. Jeder Freiraum muß sich als Sprungbrett für den alltäglichen Widerstand beweisen, sonst verkommt er zum kleinbürgerlichen Sumpf. Wie wir diese Freiräume, diese Arten von Gegenmacht organisieren, mit welchen Strukturen wir den Anforderungen des politischen Kampfes im Stadtteil - und damit ist nicht nur SO 36 gemeint - der Auseinandersetzung mit den Bullen werden, steckt in einem permanenten Prozeß von Auseinandersetzung, Ausprobieren, auf die Nase fallen, und ab und zu kleine erfolge erzielen.

Mit diesem Prozeß brauchen wir jedenfalls nicht diese Hyänen von Journalisten und Medienleuten, die sich auf jeden sogenannten Kiezskandal gleichsam wie auf Kadaver stürzen und diese ausschachten und breittreten. Zur Klärung dieser Auseinandersetzung reichen die Strukturen hier allemal aus.

Aber auch wir hier sollten uns weniger in Nebenkriegsschauplätzen verwickeln und um die von Medien und Bullen aufgebauchten Kiezskandale rotieren. Wir haben hier und in anderen Stadtteilen bestimmt dringende Probleme. In diesem Sinne: Den Kiez nicht zum Nabel der Welt machen!!!





ZUM KIEZPALAVER



Seit dem 1. Mai ist SO 36 als Kiez (nicht als Stadtteil, denn sie umfasst auch Kreuzberg 61) wieder interessant geworden - auch für uns, das linksradikale Spektrum. Da wir durch die geilen Medien mehr über die anderen Meinungen im Kiez erfuhren, bzw. diese verzerrt verbreitet wurden, stand an, eine eigene Kommunikationsstruktur im Kiez aufzubauen. So entstand die Idee mit dem Kiezpalaver. Wir nahmen dies in die Hand und verteilten in (fast) jedem Briefkasten eine Einladung. Und da es im Kiez an großen Räumlichkeiten mangelt, fand dies in der Kirche statt. Es kamen beim ersten Mal ca. 500 Menschen, worunter die Hälfte der "Scene" zugeordnet werden konnte. Angenehm war, daß die verschiedenen politischen Einschätzungen und Ansichten in solidarischer Weise diskutiert wurden. Konsens war, daß alle gegen den damaligen Belagerungszustand im Kiez waren und ein Aktionstag dagegen beschlossen wurde. Mittlerweile fand das 4. Kiezpalaver statt. Aus den vorherigen hatte sich eine Gruppe herausgebildet, die sich der Mietproblematik annehmen wollte - mal ganz "neutral" ausgedrückt. Von dieser Gruppe, die allerdings hauptsächlich aus "Linksradikalen" besteht, wurde eine Kiez-Demo vorbereitet, die das Ziel hatte, für den Mietkampf zu sensibilisieren und Zusammenhänge von sozialen Unterdrückungsmechanismen und -institutionen herauszustellen. Das Kiezpalaver, wie auch die Demo, waren von vorneherein so gedacht gewesen, daß wir ohne Parteien und Institutionen wie Mieterläden etc. agieren und uns direkt an die Kiez-BewohnerInnen wenden wollten. Dennoch wurden



für die Demo einige Initiativen und Mieterläden angesprochen. Die Mobilisierung sollte allerdings weniger über bekannte Namen als über das Kiezpalaver und eine vielfältige Propaganda laufen. An diesem Punkt haben wir reichlich versagt, Flugblätter lagen noch stapelweise rum etc. Dafür gab es eine Mobilisierung, die sich außerhalb von uns abspielte: Zum einen die Auseinandersetzung um die Hafenstraße, zum anderen die öffentliche Distanzierung von einigen Mieterläden und einigen namhaften ALern von dieser Demo. Die Distanzierung am zustande aufgrund eines Flugblattes, das die Politik der Mieterläden, der IBA und der AL verriß und als staatstragend entlarvte, aber auch zu "proletarischen Aktionen" wie plündern aufrief und wahrscheinlich aufgrund des zu erwartenden Zoffs auf der Straße. Doch dies war ein Eigentor. Trotz oder gerade wegen der Distanzierung came 2.500 Menschen und obwohl die Demo sehr inhaltlich ausgerichtet war und von daher sehr lange dauerte (es gab 12 Redebeiträge vor verschiedenen Objekten), war die Stimmung hervorragend und ein voller Erfolg. Während der Demo wurde noch ein Haus besetzt, jedoch leider zu früh - aufgrund von Fehleinschätzungen - wieder verlassen.



Die Demo hat "uns" hier im Kiez erstmal den Rücken gestärkt. Die Reformisten haben nichts zu bieten, was attraktiv erscheint, zudem gibt es zu lange Erfahrungen mit ihnen hier. So werden die Mieterläden z.B. größtenteils als Tankstelle benutzt, um sich beraten zu lassen oder um an Informationen ranzukommen.



Sie haben jedoch keine Basis, wenn sie politisch was umsetzen wollen, was gegen die Interessen des Senats oder der Hausbesitzer steht. Sie sind in diesem System zu sehr eingebunden. Eine Chance für uns sozusagen was Neues aufzubauen bzw. auszuprobieren.



Es gibt jedoch auch unter "uns" sehr verschiedene Einschätzungen, Ansätze, Fragen. So ist dieser Bericht auch nur an der Oberfläche geblieben, zu vieles ist in der Schwebe und undiskutiert. Ich werde jetzt noch grob einige Fragestellungen umreißen, um die es in nächster Zeit bei uns gehen wird - zumindest was den Kiezkampf anbetrifft:



- Wir wollen raus aus unserer Ghettoisierung, wenn wir ernsthaft eine Gegenmacht aufbauen wollen. Dazu müssen wir mit anderen zusammenkommen.

Aber wie?

- indem wir selbst so gute Strukturen unter "uns" aufbauen und anderen damit aufzeigen, wie nicht-reformistischer Kampf aussehen kann.



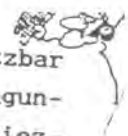
- indem wir mit allen fortschrittlichen Kräften zusammenarbeiten, um wenigstens kleine, sichtbare Erfolge zu erreichen?

- indem wir das einseitige Schielen auf den Kiez aufgeben und uns mit proletarischen Kämpfen verbinden?

Und vor allem mit wem?

- mit der proletarischen Klasse?
- mit den Marginalisierten?
- mit allen sich unterdrückt und ausgebeutet fühlenden?
- mit allen revolutionären Kräften?
- wie gehen wir mit dem Mythos von SO 36 um?

Versuchen wir, ihn für uns nutzbar zu machen, um mit kleinen Anstrengungen, Erfolge zu erzielen (Bsp. Kiezdemo) oder ist er eher schädlich, weil durch das Starren auf SO 36 in anderen Stadtteilen weniger entsteht, Kräfte zu sehr hier gebündelt werden und sich die SO 36-bezogene Arroganz breitmacht?



- Was heißt für uns Verantwortung zu tragen im Kiez? Ist es zum Beispiel richtig, bei einem Straßenfest einen Supermarkt nicht zu plündern, keinen Zoff mit den Bullen anzufangen, weil noch kleine Kindern anwesend sind und/oder weil wir auch



mal ein Straßenfest ohne Bullen haben wollen oder ist es richtig, solche Gelegenheiten zu nutzen, um auch zu zeigen, daß es möglich ist, sich kollektiv Lebensmittel usw. zu holen?

- Was für Strukturen sind für einen Kiezkampf sinnvoll? Strukturen unter "uns", die eine schnelle Mobilisierung ermöglichen, wenn irgendwo eine Schweinerei abläuft und z.B. parallel dazu Bündnisse, wenn es z.B. darum geht, einen Mieterhöhungsboykott zu organisieren Oder: daß es eine Art Rätestruktur gibt, von Hausversammlungen und /oder Straßen- und BlockrätInnen /oder Straßen- und Blockräten über Kiezräte bis hin zu einem stadtübergreifenden Rat, wo "wir" dann jeweils nur ein Teil der Räte sind, was Strukturen unter uns nicht ersetzt.

Diese Frage sollen lediglich eine Hilfestellung für Diskussionen sein. Die Antworten werden hoffentlich nicht ganz so schwarz/weiß ausfallen.



Umstrukturierung im Kleingewerbe Beispiel Eisen- bahnstraße

Am Beispiel der Eisenbahnstraße läßt sich sehr anschaulich verdeutlichen, was steigende Gewerbemieten für ein typisches Kreuzberger Strassenbild heißen kann:

1.) Blumenhändler Stege:

Er hat seinen Laden seit 12 Jahren in der Eisenbahnstraße. Zur Zeit beträgt die Ladenmiete 1.700 DM, 30.000 DM Eigeninvestition wurde aufgebracht. Nach den Forderungen des Besitzers Korenzecher soll die Miete ab 1.1.87 5.100 DM, ab 1.1.1990 8.500 DM betragen. Stege: "Eine solche Miete kann hier kein Mensch erarbeiten"

2.) Fernsehgeschäft Yesil:

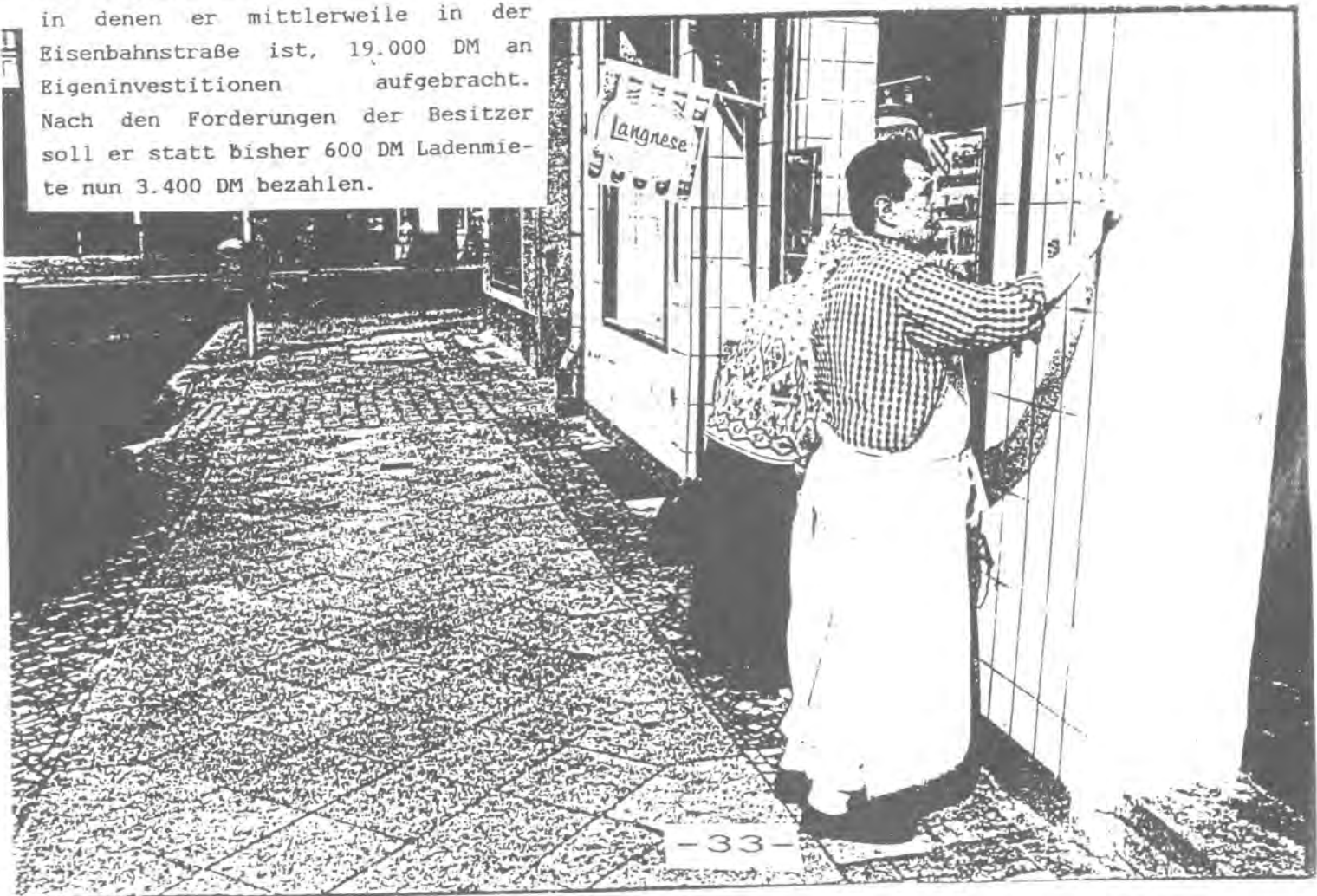
Der Inhaber hat in den 5 Jahren, in denen er mittlerweile in der Eisenbahnstraße ist, 19.000 DM an Eigeninvestitionen aufgebracht. Nach den Forderungen der Besitzer soll er statt bisher 600 DM Ladenmiete nun 3.400 DM bezahlen.

3.) Kartoffelhandlung Krohn

Hier sollten die Gewerbetreibenden zusätzlich zu einer 300-600%igen Mietsteigerung zusätzlich 30.000 DM Instandsetzungskosten bezahlen.

4.) türkischer Bäckerladen (Ecke Muskauer)

Hier beträgt die Mietforderung statt bisher 975 DM Ladenmiete nun 3.570 DM!



An die Aufrufer/innen zur Kreuzberger Kiez-Demo,
wir, die Unterzeichner, können es in der gegenwärtigen Situation nicht
verantworten, zu einer sogenannten Kiezdemonstration aufzurufen. Solange
jede/r Teilnehmer/in an einer solchen Kiezdemo damit rechnen muß, in Gewalt-
tätigkeiten, egal von welcher Seite, hineingezogen zu werden, ist ein
breites Bündnis aller Kiezbewohner nicht möglich.
Aber ein breites Bündnis wäre notwendig, um Obdachlosigkeit, Arbeitslosig-
keit, hohe Mieten, Privatmodernisierungen etc. zu bekämpfen.
Bezeichnenderweise scheint Euer Feind nicht mehr in Bonn, im Rathaus
Schöneberg oder am Kurfürstendamm zu sitzen, sondern in der AL, bei S.T.E.R.N.
und in den Mieterläden usw.
Ihr verbreitet gezielt Falschinformationen, um Euer Feindbild aufzubauen.
Wir bestehen darauf, die Entwicklung in Kreuzberg genau anzusehen und
Erfolge und Mißerfolge zu unterscheiden.
Wahr ist, daß es Mieterhöhungen um 100 bis 200 % bei privat modernisierten
Häusern gibt,
nicht wahr ist, daß dies bei öffentlich geförderten Häusern unter der Mit-
arbeit von S.T.E.R.N. und den Mieterläden passiert.
Wahr ist, daß es in Kreuzberg monatlich ca. 50 - 60 Androhungen von Zwangs-
räumung gibt,
wahr ist aber auch, daß das Sozialamt diese fälligen Mieten im Regelfall über-
nimmt.
Wahr ist, daß die CDU eine soziale Umstrukturierung Kreuzbergs nach ihren
Vorstellungen will,
nicht wahr ist dagegen, daß ihr das bis heute gelungen wäre und daß wir
diesem Konzept nicht entgegentreten würden.
Wir wollen über Tatsachen und wirkliche Schandflecken diskutieren und wie man
sie verändern und beseitigen kann, uns paßt aber der gegenwärtige Stil nicht;
wir wollen nicht kübeln, nicht mit Steinen schmeißen und keine reißerischen
Artikel in der TAZ schreiben.
Bevor wir eine gemeinsame Demo machen, wollen wir gemeinsam über die Ziele
und die Vorgehensweise reden.
Wenn wir Euch nicht mehr von der Demo abhalten können, dann wollen und
müssen wir Euch dennoch auffordern, laßt Euch nicht zur Gewalt provozieren
und provoziert nicht Gewalt. Die andere Seite wartet nur darauf.
Lernt zielen!
Verein SO 36
Mieterladen Manteuffelstraße
Mieterladen Dresdener Straße
Berlin, den 13.11.1987

PRESSEDIENTST

Wuer



Alternative Liste für
Demokratie und Umweltschutz

Fraktion im Abgeordnetenhaus
Rathaus Schöneberg -
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62

presseerklärung der alternativen liste

positive kiez-demo in kreuzberg

die alternative liste beglueckwuenscht die veranstalter der demon-
stration am samstag zu der gelungenen aktion.
in einer situation, die von angst vor gewalttaetigen ausschreitungen,
von geruechtemacherei und staatlichen drohgebaerden gepraeagt war,
reagierten die teilnehmer und teilnehmerinnen selbstbewusst, mit in-
formativen ausdrucksformen und unaggressiv. niemand war verummmt.
zum positiven verlauf trug auch bei, dass die polizei ihre massive
praesens ~~im stadtteil nicht~~ offen zur schau stellte und ihrerseits
zur deeskalation beitrug. (?)

*besonderer
weise*

*rotz
aufforderung*

im vorfeld der demonstration hatten kreuzberger al-politiker ein
abenteuerliches flugblatt kritisiert, das als angeblicher demo-aufruf
firmierte. dies fuehrte bedauerlicherweise dazu, dass in den medien
der eindruck entstand, die kreuzberger oder gar die gesamte al habe
sich distanziert. eine solche distanzierung hat es nicht gegeben.
obwohl die alternative liste nicht zu der aktion aufgerufen hat und
nur wenige mitglieder an ihr teilnahmen, bewerten wir die demonstra-
tion am sonntagabend als positiv und erfolgreich.

birgit arkenstette (geschaeftsfuehrender ausschuss)
christian stroebele (geschaeftsfuehrender ausschuss)
dirk schneider (pressesprecher)+++

⊕
184466 alavb d
1150 rundsen d
16.11 10.55
r ++

Redaktion
Elkebarbara Mayer -
Dirk Schneider
Telefon 783 6732
Telex 184 466

Nachbetrachtung

Aufgerufen hatte sie gar nicht zur Demo, die Alternative Liste (AL). Was sie aber nicht dran gehindert hat, sich von der Demo zu distanzieren. In der zu dieser Zeit ungeklärten Situation mit der Hafenstrasse und so kurz nach Frankfurt auf die Straße zu gehen - ein riskantes oder gar politisch falsches Unterfangen?

So oder ähnlich sahen es der Verein SO 36 und die Mieterläden Manteuffel- und Dresdnerstraße:
"Solange jede/r Teilnehmer/in an einer solchen Kiez-Demo damit rechnen muß, in Gewalttätigkeiten, egal von welcher Seite, hineingezogen zu werden, ist ein breites Bündnis aller Kiez-Bewohner nicht möglich."

Nun, daß Ansätze zu einem solchen Bündnis möglich sind, auch ohne Zutun dieser Vereine, das hat die Kiez-Demo allerdings mit Nachdruck gezeigt! Da muß schon ein Typ vom politischen Kaliber eines Wiclaf Droste her (ich hoff, ich hab dich nicht falsch geschrieben), um die Kiez-Demo von der "kulturästhetischen Warte" herab zu denunzieren. Wir nehmens dir nicht übel, Wiclaf, es gehen ja immer noch Leute in Konzerte, trotz dir oder vielleicht grade deshalb.

Daß 3000 Menschen vielleicht auch wegen der Hafenstraße und wegen der Notwendigkeit, nach Frankfurt nicht in Hysterie zu verfallen, am 14. November durch den Kiezspazierten, daran haben, wenn wir ehrlich sind, nicht mal wir geglaubt.

3000 - da wirts sogar für die AL brenzlich, da heißts um Himmels Willen nicht ins Hintertreffen zu geraten, WählerInnen zu verlieren - und da muß dann schon mal ne Distanzierung von ner vermeintlichen Distanzierung einer nie unterstützen Demo her. Wir nehmens aber auch der AL nicht übel, wer hättts denn auch anders erwartet. Sich in Kreuzberg als politische Kraft zu erweisen, dieser Weg führt nunmal halt nicht an den Autonomen vorbei - oder an Stadtratsstellen ... Wir haben jedenfalls die Distanzierung von der Distanzierung der Distanzierung einer nie unterstützen Demo schmerzlich vermißt.

Umstrukturierung, Rausmodernisierung, soziale Hygiene, das sind Begriffe, die nach dem 1. Mai und den Juni-Auseinandersetzungen Hochkonjunktur bekommen haben. Mitten im Jubeljahr avancierte der totgesagte Bezirk wieder zur Nummer 1 und zu Lieblingsschauplatz randalegeiler Meinungsmacher.

Der Kiez wurde auch verstärkt wieder Betätigungsfeld für Sozialstrategen, Repressionsexperten, Aufstandsbekämpfer. Der Höchstanteil an erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen in Berlin und nicht zuletzt die vielen Leute, die hier Widerstand leisten, das alles mußte nach dem Mai und Juni all diejenigen Politiker auf den Plan bringen, die an der politischen und ökonomischen Entsorgung des letzten Drittels ihrer Gesellschaft ein Interesse haben.

Kewenig, Kliem, Schertz
und PG's trafen sich denn auch im
Neuen Kreuzberger Zentrum, dem
N-KZ, um über ihre Vorstellungen
von einem "sozial gesunden" Kreuz-
berg zu beraten. Von der "sozialen
Gesundheit" bis zu "Volksschädlin-
gen" - gibts da noch einen Unter-
schied?

Doch genug geredet von den Schweinen!
Was wir im Kiez machen und was wir
konkret mit der Kiez-Demo und der
Reiche gemacht haben, das bestimmen
immer noch wir selbst, oder?

im Kiez und eigentlich der ganzen
BRD zu organisieren und leben ver-
suchen müssen:

GEGENMACHT!

Wie schwierig dies ist und wie nö-
tig, trotz aller Emotionen, die
immer wieder hochkommen, Haß, Eu-
phorie, Resignation, einen Begriff
und eine Praxis von Widerstand zu
entwickeln, das hat die letzte Zeit
auch gezeigt.

Wer immer seinen Traum vom "befrei-
ten Kreuzberg" träumt, der ist den
Bildern und Schlagzeilen der Medien
und Scharfmacher aufgefressen.

Kreuzberg ist erst befreit, wenn
niemand mehr Miete bezahlt, wenn
die Häuser und Fabriken uns gehören,
die BRD da hingehört wo sie herkommt,
zum Teufel! die Bullen in ihren
Wannen und die Multis im Öl ersof-
fen sind!



Sie können noch so viele Maßnahmen
ergreifen, Ausschüsse beschäftigen
oder Stiftungen gründen. Der 1.
Mai hat gezeigt, daß wir ihnen ganz
schön in ihre Suppe kotzen können.
Und wir haben dabei die Erfahrung
gemacht, daß es uns danach gut geht,
und ihnen schlecht wird. Der 1.
Mai war ein Ansatz zu dem, was wir

DER HUNGER NACH EINEM
ANDEREN LEBEN
DIE SEHNSUCHT DIE HERRSCHAFT
DES MENSCHEN ÜBER
DEN MENSCHEN ZU BRECHEN
SCHAFFT DIE SOLIDARITÄT
DIE IHR GEBÄUDE DER MACHT
ZUM EINSTURZ BRINGEN WIRD !

Transparant an der Reiche
am 14.11.

REICHENBERGER 63 a BESETZT

WIR HABEN HEUTE, AM 14.11.87 DIE REICHENBERGER 63a BESETZT.

zu diesem haus gibt's eine lange geschichte, die hier nur angerissen werden kann:
die firma Heymann & Kreuls hatte das haus 1977 gekauft und bereits 1979 den abrissantrag gestellt. es begann ein rechtsstreit, der sich bis heute hinzieht und kurz vor dem bitteren ende zu stehen scheint.

1981 wurde das fabrikgebäude und teile des seitenflügels besetzt und mit der instandsetzung begonnen. das verwaltungsgericht berlin erteilte dann zwei jahre später die abrißgenehmigung für die gebäude, welche 1984 schließlich geräumt wurden. faktisch mitgeräumt wurde die letzte vertragliche mieterin im seitenflügel, eine alte frau.

inzwischen geht der streit um das vorderhaus, welches noch gut erhalten ist und allmählich entmietet wurde. die besitzer brachten keine mühe mark mehr für die instandhaltung auf, so daß immer mehr mieter/innen gezwungen waren, auszuziehen. im winter froren phaler. neuvermietungen fanden nicht statt!
1985 zur beseitigung der mängel aufgefordert, jedoch legten die besitzer immer widerspruch ein. sie waren nicht am erhalt menschwürdiger wohnverhältnisse interessiert! den ersten schritt auf dem weg zur abrißgenehmigung, den leerstand des ganzen hauses, hatten sie bis zu beginn dieses jahres erreicht.

um den abriß noch zu verhindern, muß das bezirksamt jetzt nachweisen, daß der instandgesetzte altbau nach zehn jahren mehr gewinn abwirft, als es bei einem neubau der fall wäre. was hier gespielt wird, kennen wir zur genüge: altbauten werden nur dann erhalten, wenn das private interesse der eigentümer gewährleistet ist, möglichst viel kohle in die eigene tasche zu scheffeln

in diesem fall geht es um abriß aus profitgier, in anderen fällen um modernisierung aus profitgier. große altbauwohnungen in denen mensch in größeren gruppen zusammenleben kann, werden entweder plattgemacht, oder sie sind nicht mehr zu bezahlen. soziale/politische strukturen, die mögliche unruheherde bilden, werden nicht nur in kreuzberg zerstört.
WIR WERDEN DIESEN ABRIS NICHT HINNEHMEN!

CAFR

DAS PRIVATEIGENTUM AM WOHNRAUM DIENT IHNEN DAZU, UNS AUSZUPRESSEN UND DIE ABHÄNGIGKEITSVERHÄLTNISSE AUFRECHT ZU ERHALTEN.

wir wollen nicht länger in kleinen 1-2 zimmerwohnungen voneinander isoliert den k(r)ampf ums tägliche brot führen. und wir sind nicht bereit, vor hausbesitzern und maklern zu kriechen um wohnen zu "dürfen", und eine miete zu zahlen, die sich aus den kapitalinteressen der eigentümer und ihrer banken errechnet.

mensch sollte sich nicht vorschreiben lassen, wo und wie sie/er zu leben hat. setzen wir der zerschlagung und vereinzelung von widerstand was entgegen! die kollektive aneignung von wohnraum ist ein weg!

KEIN ABRIS IN DER REICHENBERGER 63 a!

KEINE

ZWANGSRÄUMUNGEN!

KEINE RAUSMODERNISIERUNG!

SOLIDARITÄT MIT DER HAFENSTRASSE!

-SCHMIERT EUCH EUER "SCHÖNES NEUES KREUZBERG" IN DIE HAARE!

SCHON WIEDER NE SCHEINBESETZUNG? SELBSTKRITISCHES ZUR REICHE-BESETZUNG

Zur Kiez-Demo und zur Besetzung

Es lief bei weitem nicht alles so wie wir es uns dachten. Die Besetzungserklärung kann so jedenfalls nicht stehen bleiben, es gab einfach zu viele Mißverständnisse, falsche und zum Teil berechtigte Erwartungen. Die Unklarheiten liegen wohl auch darin begründet, daß viele was von ner Besetzung haben läuten hören, und daß es die Reiche sein würde konnte mensch sich auch an fünf Fingern abzählen. Mehr war vorher nicht klar, und das war auch gut so. Die Tatsache, daß die Bullen nicht geheckt haben, daß wir schon ewig vorher drin waren, und sie ihrerseits ne Besetzung aus der Demo heraus erwartet haben, gibt uns hinsichtlich unserer "zurückhaltenden Informationspolitik" im Nachhinein recht.

Als die Demo am Haus ankamen, war das ein tolles Gefühl. Wir waren seit dem frühen Morgen im Haus, und der ganze Streß: Wissen sie's oder nicht, werden wir vorher geräumt usw., hat ganz schön an unseren Nerven gezerrt, zumal die Fluchtwege auch reichlich beschissen waren. Es war wie gesagt

toll euch draußen mitzukriegen, drinnen aber hatte sich Panik breitgemacht, als jede Menge Bullen im Innenhof aufgetaucht waren, und wir nicht wußten, wie lange sie sich am "Gerümpel" aufhalten würden. Das war dann auch die Situation, als die Kurzkundgebung

abgebrochen wurde, und wir uns verpisst haben, weil gegen nen Räumungseinsatz das Haus zu halten, das war uns vorher schon klar, war nicht drin.

In dieser Situation haben wir auch nicht begriffen, daß wir uns zumindest zu diesem Zeitpunkt in der Offensive befanden, es gab keine Möglichkeit uns rüberzubringen, daß ein Räumungstitel in dem Moment nicht vorlag, ne Räumung für den Einsatzleiter also äußerst brisant hätte sein können. Hätten wir das gewußt, und hätten wir den zu erwartenden Streß von vorneherein klarer diskutiert, wären wir wohl dringeblichen, auch wenn das dann so ausgesehen hätte, daß nach zwei Stunden, in denen die Räumung rechtlich hätte klargemacht werden können, wir im Haus wohl festgesessen hätten und eingefahren wären. Trotzdem hätte sich in einem solchen Fall einiges mehr entwickeln können. Die Besetzung wäre dann ein Teilerfolg gewesen, so wie sie jetzt gelaufen ist, war sie nur ein schöner Demoabschluß, und ne Möglichkeit mehr mit dem Haus in die Öffentlichkeit zu gehen.

Wie nun weiter?

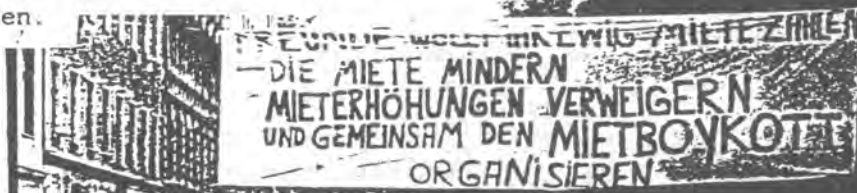
Mit der Besetzung ging es uns nicht nur darum in der Reiche zu wohnen. Vielmehr sollte, und in diesem Zusammenhang stand auch die Kiez-Demo, ne Möglichkeit deutlich gemacht werden, was Wider-

stand im Kiez sein kann. Uns ist klar, daß es Hausbesetzungen als Massenperspektive nicht mehr geben wird. Ihre Profite machen die Schweine heute über Modernisierungen, nicht mehr über Abriß. So gesehen ist die Reiche, zumindest in Kreuzberg, ein echter Anachronismus. Der Prozeß, den die Besitzer zur Zeit führen, ist es aber nicht. Eine Abrißgenehmigung auf reiner Profitgrundlage würde für die Spekulanten ein Signal sein, und deutet an, was uns noch so alles blühen kann - wenn wir nicht dagegen kämpfen.

Dieser Kampf, der Widerstand, den wir ihrer Zerstörung der Kiezstrukturen, ihrer Umstrukturierung entgegensetzen, ist heute ungleich schwerer als 80/81. Massenleerstand kommt in der Öffentlichkeit skandalöser rüber als scheinbar unanhängig voneinander laufende Modernisierungen, Mieterhöhungen usw. In diese Strategie der Zersplitterung passt auch der Weiße Kreis, dessen Auswirkungen auch zeitlich verschoben und isoliert spürbar sein werden.

nicht hinwegtäuschen. Wir beschäftigen uns mehr mit dem, was uns an Diskussionen aufgedrängt wird (Gewaltdebatte), als uns über unsere Ziele auseinanderzusetzen und darüber wie wir sie durchsetzen wollen. Mit der Kiez-Demo und der Besetzung wollten wir auf die Umstrukturierung im Kiez aufmerksam machen, auch auf das, was der Weiße Kreis mit sich bringen wird, und darauf, was dagegen an Widerstand entwickelt werden kann. Wir stehen da noch total am Anfang. Noch wurde keine einzige Zwangsräumung verhindert, die Mietboykottkampagne stagniert, und aus der Reiche sind wir vorerst auch wieder raus. Aber wir lernen. Und wir müssen es schaffen, uns in einer Situation zurechtzufinden, in der der "legalisierte Teil" der 80/81er Bewegung auf Jute-Teppichböden spart und die bundesweite Autonomenhetze und Kriminalisierung vielen Angst einjagt.

Daß die Kiez-Demo in der völlig unklaren Situation mit der Hafen-



Die Situation ist, gelinde gesagt, daneben. Kurzfristige Mobilisierungen zu "autonomen Großereignissen" wie zur Reagan-Demo können darüber

straße und so kurz nach Frankfurt durchgesetzt wurde, ist ein Erfolg, umso mehr als in letzter Zeit in Wackersdorf und Hamburg mehr BerlinerInnen waren als auf Demos in Berlin selber.

- Für ein selbstbestimmtes Leben im Kiez und überall !

- Hafen lebt !

Auf ein neues - und diesmal besser DIE REICHENBERGER 63A IST BESETZT

Wir haben den "weihnachtlichen Frieden" dazu benutzt, ganz still ein Haus zu besetzen, das in den letzten Jahren Objekt wenig heiliger Profitgier geworden war.

Vielen dürfte die R63A nicht unbekannt sein: Hier wird seit langem auf Leerstand und Abriß spekuliert. Die jetzigen Besitzer Heymann & Kreuls kauften das Haus 1977, um es abzureißen und dort einen Neubau im "sozialen Wohnungsbau" zu errichten. Da im "sozialen Wohnungsbau" dicke Subventionen fließen, wäre dies ein sicheres Geschäft für die Eigentümer.

Aus diesem Geschäft wurde jedoch erstmal nichts. 1981 wurde der Seitenflügel besetzt und in der folgenden Zeit repariert. Gleichzeitig war das Haus mit dem Info-Cafe im Erdgeschoß wichtiger Bestandteil der BesetzerInnenbewegung. Die BesetzerInnen gehörten zu den NichtverhandlerInnen. 1984 dann machte sich der Senat zum Vollstrecker der Eigentümerinteressen, der Seitenflügel wurde als letztes besetztes Haus in Kreuzberg geräumt.

Das Vorderhaus war zu dieser Zeit noch teilweise bewohnt, hier zog der letzte Bewohner Anfang '87 aus. Was den Eigentümern jetzt noch fehlt ist die Abrißgenehmigung fürs Vorderhaus. Das Bezirksamt Kreuzberg verweigert diese Genehmigung, wird aber wohl demnächst vom Verwaltungsgericht gezwungen, die Genehmigung zu erteilen. In letzter Zeit kam das Haus wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein: Es gab mehrere Zeitungsartikel und am 14. November, dem Tag der Kiez-Demo, eine (zu) kurze Besetzung.

Wir wollen und können diese Besetzung jetzt nicht ausführlich kritisieren - hierzu gibts auch ein selbstkritisches Papier der damaligen BesetzerInnengruppe - wir können nur sagen, daß es heute keine Scheinbesetzung ist.

Wir bleiben drin

Die Reiche steht nicht für sich. Sie ist ein krasses Beispiel für Umstrukturierung über die Durchsetzung privater Profitinteressen. Wenn wir heute die Reiche 63A besetzen, wollen wir nicht die Finger auf die Wunden einer profitorientierten Wohnungspolitik legen, was wir wollen, ist konkret und praktisch dagegen Widerstand zu leisten. Wir warten nicht auf Wunder, auch nicht aufs Christkind - wir machen uns unsere Bescherung selbst. Weihnachten ist für viele mal abschalten von der Alltagsscheiße, von Maloche, Sozistreib usw. Weihnachten hat aber auch immer die Funktion, Sand in die Augen zu streuen. Aber die Widersprüche hier, Verarmung, Mieterhöhungen, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit und Verzweiflung lassen sich nicht mehr verdecken, weder durch 750-Jahr-Feier, noch durch irgendwelche Kohlenspenden und Gulaschkanonen, wie es Weihnachten ja so üblich ist. Wir holen uns auch ganz bewußt heute das, was sie uns tagtäglich zu nehmen versuchen: Raum zum wohnen, leben, kämpfen! Die Besetzung kann für uns nur der Anfang sein, z.B. von Zwangsräumungen nicht immer nur zu reden, sondern sie praktisch zu verhindern beginnen, den Gedanken des Mietboykotts zu verbreitern, Umstrukturierung und die Gewalt der Schweine tagtäglich auf- und anzugreifen.

Häuser besetzen ist heute sicher keine Massenperspektive mehr, dafür stehen zu wenige leer. Ein besetztes Haus kann aber ein Freiraum sein, aus dem heraus sich immer wieder Widerstand entwickelt, in dem Diskussionen zusammenlaufen - wenn es entsprechend genutzt wird. In diesem Sinne auch flammende Grüße an die Genossinnen und Genossen aus der Hafenstraße!

zu den technics:

Die Besetzung wurde auf den diversen Anti-Christ-Feiern öffentlich gemacht, und eine Mund zu Mund Propaganda ist auch gelaufen. Wir sind davon überzeugt, daß jede Menge Leute zum Haus kommen. Wenn die Bullen keine Lust haben, oder sich aufgrund des illegalen Leerstands nicht trauen, einzugreifen, steigt ne Fete, Zeugs ist alles da. In dem Fall wird das Haus auch offen sein und es sollten alle reinkommen. Für 2 oder 3 Uhr ist Plenum vorgesehen. Falls die Bullen eingreifen, bleibt da, unterstützt uns, wir werden nicht rausgehen, brauchen euch also, vielleicht auch die ganze Nacht. Für den nächsten Morgen ist ein Besetzungsfrühstück geplant, im Falle einer Räumung ne Demo.

Beides 12 Uhr an der Kreuzung Reiche/ Ohlauer. Macht euch auf die Socken, wir freuen uns auf euch!

Die Häuser denen,
die drin wohnen!

Ihnen ihr Christkind! Uns die Reiche und die Zukunft!

Widerstand im Kiez als
Klassenkampf begreifen!

betr.: Besetzung der Reichenbergerstr. 63A

BesetzerInnen gesucht!

Wir haben in der Nacht vom 24. zum 25. 12. 1987 das leerstehende Haus Reichenbergerstr. 63A besetzt. Nachdem die Besitzer Heymann & Kreuels nunmehr seit 10 Jahren auf Abriß spekulieren, steht nun vor Gericht die Entscheidung für das Vorderhaus an, für Seitenflügel und Fabrikgebäude gibt es bereits eine Abrißgenehmigung. Dieses Haus ist nicht das einzige, das in den Händen von Heymann & Kreuels verrottet.

Trotz permanenter Observation ist es uns mit einer größeren Gruppe gelungen, in den späten "Heilig"-Abendstunden unbemerkt in das Haus zu kommen. Etwa zur gleichen Zeit haben sich ca. 150-200 UnterstützerInnen vor dem Haus eingefunden. Die etwa 30 Minuten danach eintreffende Polizei versuchte mehrmals vergeblich die UnterstützerInnen einzukesseln. Gegen 1Uhr30 erfolgte dann der Räumungseinsatz. Sieben BesetzerInnen wurden nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) festgenommen und mußten 2 Stunden mit erhobenen Armen im Hof stehen. Vor dem Haus hatte der Räumungseinsatz heftige Auseinandersetzungen ausgelöst, in deren Verlauf weitere 18 Personen festgenommen wurden.

War bis dahin noch alles im "üblichen" Rahmen abgelaufen, ging es auf dem Polizeirevier Friedrichstr. dann Schlag auf Schlag: Nicht mehr "Gefahr im Verzuge" (ASOG) noch Hausfriedensbruch war nun der Vorwurf, sondern plötzlich Landfriedensbruch, konkret: Wir sollten nach dem Zeitpunkt unserer Festnahme gemeinschaftlich einen Bauwagen in der Wienerstr. umgekippt haben. Von der Besetzung war keine Rede mehr. Zur Begründung dieses absurden Vorwurfes mußte eine Gegenüberstellung herhalten, in deren Verlauf auch mehrere festgenommene UnterstützerInnen von angetrunkenen Zeugen angeblich identifiziert wurden.

Diese Vorgänge lassen keinen anderen Schluß zu, als daß die Besetzung in der Öffentlichkeit totgeschwiegen werden soll. Dem entspricht auch die Pressemitteilung der Polizei, nach der im Haus nur zwei Personen gesichtet worden seien, niemand aber festgenommen worden sein soll. Auch für die Medien standen die Auseinandersetzungen vor dem Haus im Vordergrund.

Wir gehen davon aus, daß die Polizei keinen Räumungstitel hatte, und daß demnach die Räumung sehr willkürlich vom örtlichen Einsatzleiter angeordnet wurde. Das Haus steht illegal leer. Der Prozeß, der kurz vor dem Abschluß steht, wird von den Besitzern um eine Abrißgenehmigung auf rein wirtschaftlicher Grundlage geführt. Von daher ist es auch das Interesse der Besitzer und der zuständigen Senatsbehörden das Haus aus dem öffentlichen Interesse rauszuhalten.

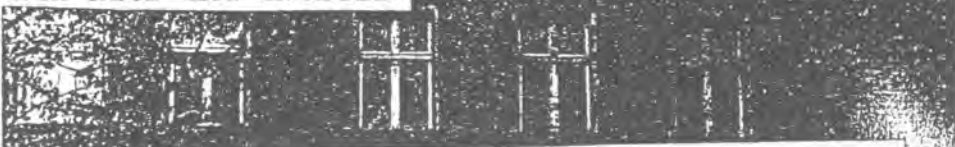
Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, mit der Besetzung dieses Kalkül zu durchbrechen!

Uns geht es mit der Besetzung aber nicht nur darum, Wohnraum zu erhalten, sondern einer profitorientierten Wohnungspolitik und der Umstrukturierung im Kiez unseren Widerstand entgegenzusetzen. Dazu gehören Hausbesetzungen genauso wie die Verhinderung von Zwangsräumungen und die Organisation des Mietboykotts!

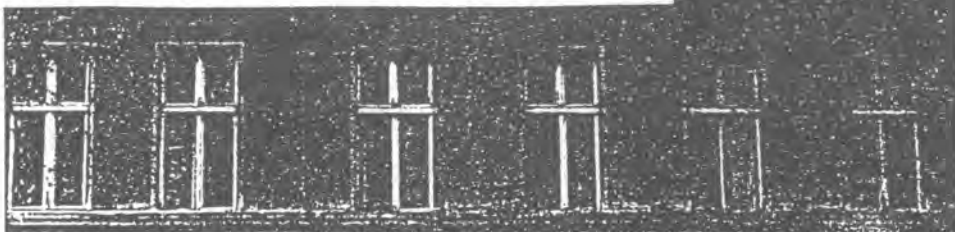
REICHENBERGER 63A-BESETZUNG

Zur Reichenberger 63A-Besetzung und zu den Festnahmen

Zu den Auseinandersetzungen um die Reichenberger 63A ist schon einiges gesagt worden. Die Bestimmung der "Weihnachts"-Besetzung war es, den Komplex Umstrukturierung/ Wohnungspolitik in einer konkreten Aktion anzugehen. Nicht der Rechtsstreit um dieses Haus stand und steht für uns im Vordergrund, sondern unser Widerstand gegen ihre Konzepte von einem "sozial gesunden" Kreuzberg und unser Kampf für ein kollektives und selbstbestimmtes Leben hier und überall.



Was uns an der Aktion aufgefallen ist, und was wir hier ein bißchen breittreten wollen, ist das Vorgehen der Bullen, die später dementierte Räumung sowie die Vorwürfe, die allen sieben festgenommenen BesetzerInnen angehängt wurden, nämlich Landfriedensbruch!



Da wir alles so klar noch nicht im Kopf haben, es aber wichtig finden, ein aktuelles Flugli zu verteilen, versuchen wir die Sache chronologisch aufzurollen.



* Die Bullen wußten, wie auch immer von der geplanten Aktion und hatten bereits vor Anbruch der Dunkelheit die Schlösser ausgewechselt. Davor schon stand des öfteren eine Wanne vor dem Haus, mehrere Zivis waren die ganze Zeit da. Für uns war dies ein Anhaltspunkt, daß sie die Besetzung im Vorfeld verhindern bzw. uns einschüchtern wollten.

* Da wir wußten, daß die Bullen mit einer Bestzung rechneten, gabs am späten Nachmittag eine Scheinbesetzung, in der Hoffnung, sie würden danach davon ausgehen, die Aktion wäre abgeblasen. Diese Überlegung hat sich als richtig erwiesen. Die Bullen haben irgendwann das Transparent runtergeholt, danach war, abgesehen von den Zivis, die auch öfter den Hof ableuchteten, Ruhe.

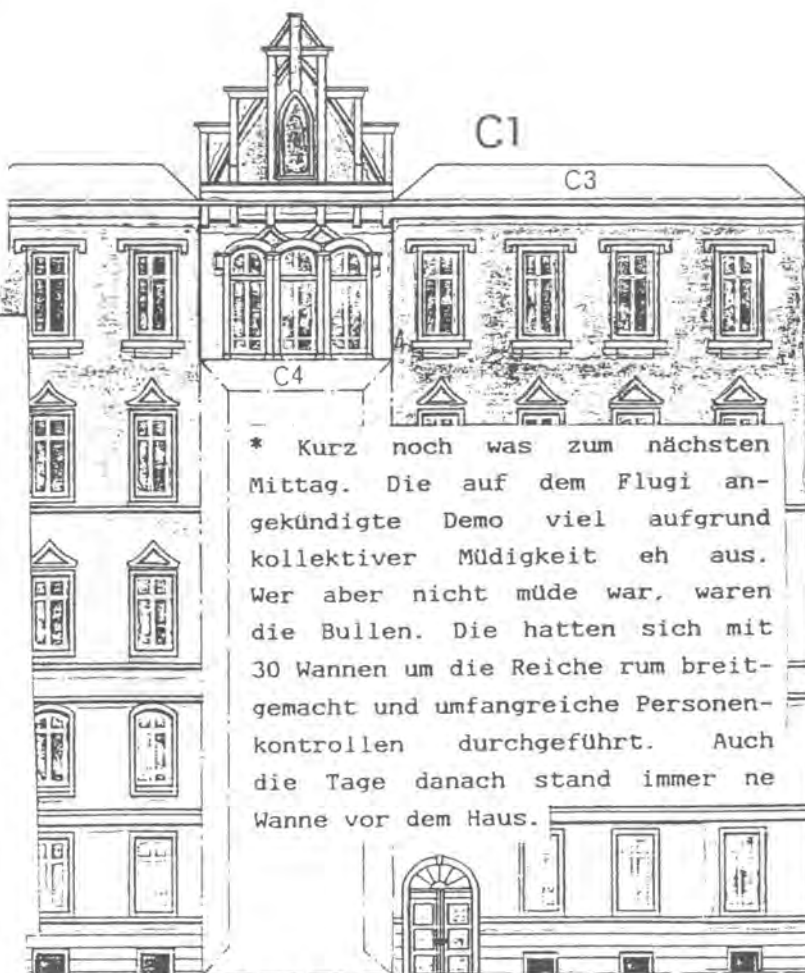
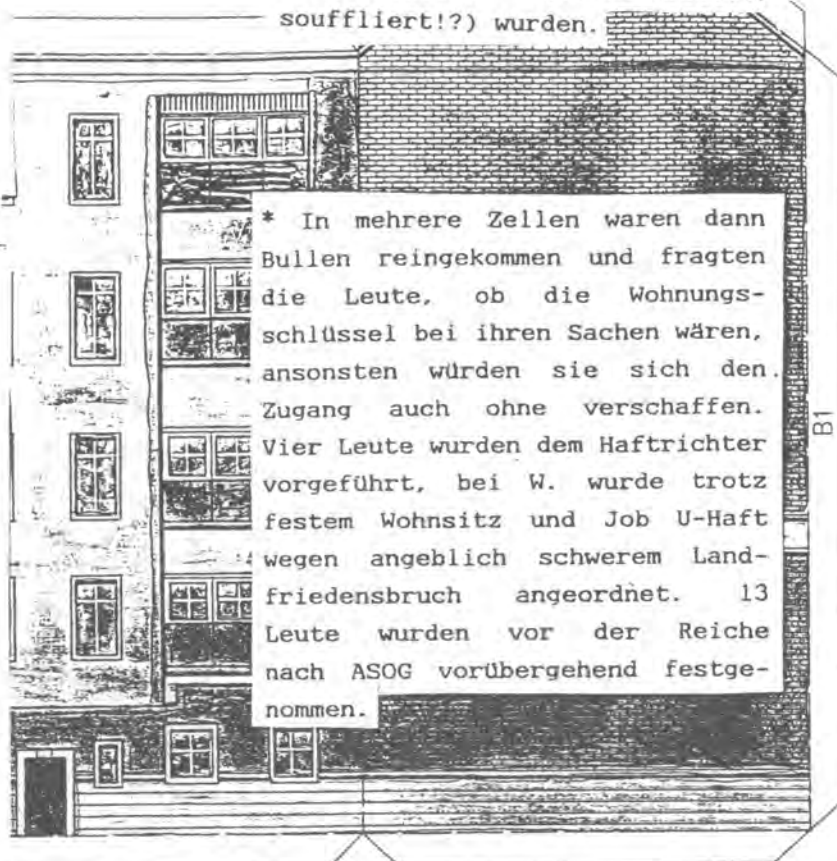
* Trotz der Observation war es uns dann gelungen, mit einer größeren Gruppe ins Haus zu kommen. Öffentlich gemacht wurde die Besetzung gegen 24 Uhr. Um halb 1 waren die ersten Leute da, aus dem Haus wurde das Transparent rausgehängt und der Beitrag zur Besetzung gehalten. Das Haus war zu diesem Zeitpunkt mit etwas Mühe zugänglich, es kamen aber kaum Leute rein, zumal klar war, daß es eine Fete nur ohne Bullen

geben würde. Selbige waren kurz darauf auch mit ihrer Friesenburg-Bereitschaft ange- rückt, die spätere Verstärkung kam aus Spandau. Die Bullen hielten sich erstmal zurück, es waren auch ziemlich viel Leute da, und wir gingen zu diesem Zeitpunkt eigentlich davon aus, daß es zumindest keine sofortige Räumung geben würde.

* Gegen halb 2 aber hatten sich die Bullen den Weg über die Fabrik freigemacht und waren ins Vorderhaus gedrungen. Sie "boten" uns zuerst an, unsere Personalien feststellen zu lassen, nahmen uns dann aber fest, als wir nach dem Räumungstitel und der Abstimmung mit der Dienststelle fragten. Begründung der Festnahme: Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) wegen "Gefahr im Verzuge". Die Bullen hatten keine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und damit keinen Räumungstitel. Wir wurden dann auf den Innenhof gebracht, wo wir zwei Stunden mit erhobenen Armen an der eiskalten Mauer stehen mußten. Die Bullen hatten draußen anscheinend Probleme (geil!), weswegen wir erst gegen halb vier in die Friedrichstr. abtransportiert wurden. ~~Waisers~~

* War bis dahin noch alles im "üblichen" Rahmen abgelaufen, ging es auf dem Bullenrevier Schlag auf Schlag: Nicht mehr "Gefahr im Verzuge" und auch nicht Hausfriedensbruch war der Vorwurf, sondern Landfriedensbruch, konkret: Wir sollten, obwohl wir aus der Reiche festgenommen wurden, gemeinschaftlich einen Bauwagen in der Wienerstr. umgekippt haben. Von der Besetzung war keine Rede mehr. Zur Begründung dieses Vorwurfes mußte eine Gegenüberstellung herhalten, in deren Verlauf auch mehrere UnterstützerInnen von teilweise

angesoffenen Zeugen angeblich identifiziert (verwechselt?!, souffliert!?) wurden.



Was soll das alles?

Die Bullen haben ziemlich reingeschlagen. 25 Festnahmen von anfangs höchstens 200 Leuten sind verdammt viel. Was an Konzepten hinter dem Vorgehen der Bullen stand, ist uns noch nicht ganz klar, es drängt sich aber die Vermutung auf, daß es ihnen zum einen darum ging, viele Leute einzufahren, um sowohl an die BesetzerInnen als auch an die UnterstützerInnenstrukturen ranzukommen. Dafür würden auch die Hausdurchsuchungen sprechen, deren Anzahl wir leider immer noch nicht wissen. Zum anderen ging es ihnen darum, die Besetzung totzuschweigen. Dem entspricht auch die Pressemitteilung der Bullen, nach der im Haus nur zwei Personen festgenommen worden seien, niemand aber im Haus festgenommen worden sein soll. Wir gehen davon aus, daß die Ermittlungen wegen Landfriedensbruch bei uns eingestellt werden, eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch wurde nicht gestellt. Die Bullen hatten keinen Räumungstitel und das Haus steht illegal leer. Von daher ist es auch das Interesse der Besitzer und der zuständigen Senatsbehörden das Haus aus dem öffentlichen Interesse rauszuhalten.

Ein weiteres Indiz dafür, daß die Besetzung totgeschwiegen wird, ist die Berichterstattung der Medien. Für RIAS, SFB, WDR, die ARD Tageschau und die div. Tageszeitungen gab es nur einen Aufhänger: Kreuzberger Weihnachtsrandale! Für die ARD-Tagesschau entzündeten sich die Auseinandersetzungen an einem ehemals besetzten, nicht aber neu besetzten Haus.

Zu Weihnachten Krawalle in Berlin

Bei Krawallen im Vorkreuzberg hat die Nacht zum Freitag 26 Personen festgenommen. Wie ein I gestern mitteilte, wurde eine Person Haftbefehl erteilt. Die Festgenommenen wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach Polizeiangaben hatten etwa 60 Personen Steine auf Funkstreifenwagen geworfen, Bauwagen angezündet und Hindernisse errichtet. Auch die Feuerwehr sei bei den Löscharbeiten mit Steinen beworfen worden. Die Ausschreitungen hatten den Angaben zufolge begonnen, als Polizisten zwei Personen steilen wollten, die ein ehemals besetztes Haus betreten hatten.

Alles zusammen läßt sich nur damit erklären, daß die Straßenschlacht als Vorwand für alle Festnahmen erhalten muß, und das es offiziell gar keine Besetzung und Festnahmen im Haus gab.

Steine-Schlacht statt Stille Nacht: 26 Chaoten nach Krawall festgenommen

Berlin, 28. Dezember
In der Nacht zum ersten Weihnachtstag kam es in Kreuzberg zu Krawallen, bei denen sich rund 60 Randalierer und 150 Polizisten gegenüberstanden.

Die Polizei zwei Personen daran gehindert hatte, das ehemals besetzte Haus Reichenberger Straße 63a unerlaubt zu betreten. Bauwagen wurden umgestürzt und zum Teil angesteckt, Steine flogen, die Randalierer ergingen in der Umgebung Straßensperren.

Auch Feuerwehrleute, die die brennenden Bauwagen löschen wollten, wurden mit Steinwürfen empfangen. Die Polizei nahm 26 Personen fest. Vier von ihnen wurden dem Richter vorgeführt, eine erhielt inzwischen Haftbefehl.



Aus dem Polizei-Bericht

Kreuzberg-Krawalle – ein Haftbefehl, 25 festgenommen

Nach den Krawallen in Kreuzberg wurde gegen einen Randalierer Haftbefehl erlassen, 25 wurden vorläufig festgenommen. In der Nacht zum Freitag waren etwa 60 Chaoten durch ihren Kiez gezogen. Sie stürzten Bauwagen um, legten Feuer, bewarfen die Polizei und Feuerwehr mit Steinen. Auslöser für die Krawalle war die sofortige Räumung des kurzfristig besetzten Hauses Reichenberger Straße 63a.

Schrecklicher Unfall – Rentnerin tot

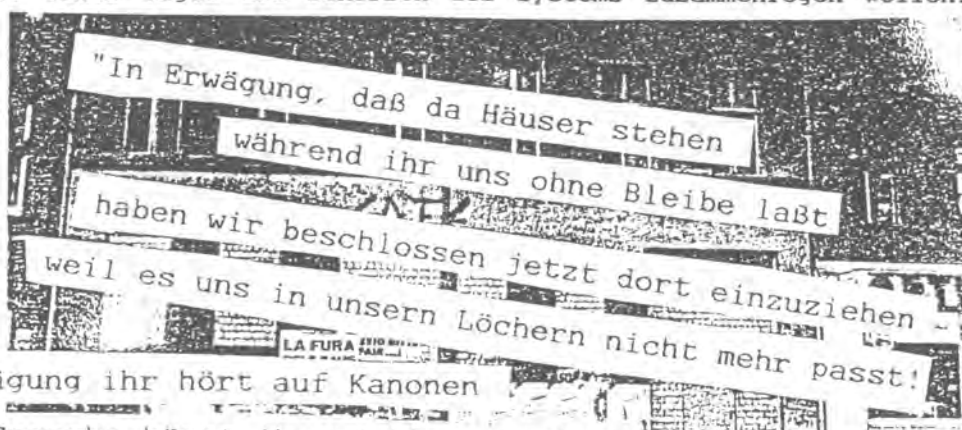
Beim Überqueren der Seestraße (Wedding) wurde Gert J. (85) vom Wagen 34-jährigen Lutz gefaßt und durch die Luft geschleudert. Rentnerin war

Wir bleiben an der Reiche dran. Für uns heißt das erstmal, uns um den ganzen juristischen Streß und W. zu kümmern, der immer noch in U-Haft sitzt. Wir überlegen uns für die nächste Zeit, eventuell eine Selbstanzeigenkampagne zu organisieren, nicht etwa um von der Justiz Rechtsprechung zu erwarten, sondern um einen eventuellen Prozeß als weitere politische Kampfebene um die Reiche und den Widerstand im Kiez zu bestimmen. Die Sache wird jetzt jedenfalls spannend und die Schweine werden nicht zur Ruhe kommen. Uns geht es bei der Reiche nicht nur darum, Wohnraum zu erhalten, sondern einer profitorientierten Wohnungspolitik und der Umstrukturierung im Kiez unseren Widerstand entgegenzusetzen. Dazu gehören Hausbesetzungen genauso wie die Verhinderung von Zwangsräumungen und die Organisation des Mietboykotts.

Auf ein heißes
neues Jahr!



Wir wollen diese ganze Thematik offensiv angehen. Was das genau heißt, kann natürlich nur in einem gemeinsam geführten Diskussionsprozeß entwickelt werden. Für uns ist die Reiche Besetzung dafür ein erster Schritt, bei dem es nicht bleiben wird. Die Besetzung ist trotz Räumung kein Schlußpunkt, sondern der Anfang einer sich hoffentlich breit entwickelnden Häuser-, Wohnungs- und Mietkampf-Bewegung. Daß die Schweine Angst davor haben, zeigt ihr konkretes Vorgehen in der Nacht zum 25.12. Im September 1988 werden IFW und Weltbank in West-Berlin tagen. Der Stellenwert der "Sicherheitsvorkehrungen" kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Für "Entwicklungsminister" Klein ist der IWF jetzt schon nach der Hafenstraße, Wackersdorf und der Startbahn West das kommende "Betätigungsfeld der Chaoten". Die Sicherheitsstrategen werden alles dafür tun, jede Bewegung im Keim zu ersticken. Für uns kann das aber nur heißen, die sich immer weiter verschärfende Repression ernst zu nehmen, in unserem Umgehen mit anderen genauer zu sein, nicht aber in Handlungsunfähigkeit zu verfallen. Ihr Gebäude ist brüchig und sie wissen es. Wenn wir aber die verschiedenen Kämpfe in der Stadt in ihrem Zusammenhang begreifen, wenn es uns gelingt, an der IWF-Kampagne und am Kampf gegen die Flüchtlingspolitik ein neues antiimperialistisches Bewußtsein zu verankern, dann werden es immer mehr, die eines Tages die Scherben des Systems zusammenfegen wollen.



In Erwägung ihr hört auf Kanonen
andre Sprache könnt ihr nicht verstehen
müssen wir dann eben, ja das wird sich lohnen
die Kanonen auf euch drehn!"

B. Brecht

BESETZT



2.50 DM

Fotos von uns und vom Südostexpress